

RELIGIONSFREIHEIT WELTWEIT

EIN ÜBERBLICK



Aid to the Church in Need

Den vollständigen Bericht Religionsfreiheit weltweit finden Sie unter:
www.religion-freedom-report.org



 Aid to the
Church in Need
ACN INTERNATIONAL

Ein Überblick | Hintergrundinformationen von Marc Fromager (Direktor ACN Frankreich) und Marta Petrosillo (Leiterin Kommunikation, ACN Italien) | **Gestaltung:** Helen Anderson | **Cover-Artwork:** JS Design | Gedruckt von Cliffe Enterprise, Eastbourne, BN22 8UY

© 2018 Aid to the Church in Need | Aid to the Church in Need (UK), 12-14 Benhill Avenue, Sutton, Surrey SM1 4DA | Eingetragene Stiftung in England & Wales (1097984) und Scotland (SC040748) | 020 8642 8668 | acn@acnuk.org

RELIGIONSFREIHEIT WELTWEIT

Bericht 2018
Ein Überblick



Aid to the Church in Need

INHALT

Vorwort von Kardinal Dieudonné Nzapalainga	05
Die Ergebnisse im Überblick	06
Die wichtigsten Ergebnisse	09
Länder mit schwerwiegenden Verletzungen der Religionsfreiheit	
Karte	34
Tabelle	36
Hintergrundinformationen	
Es geht nicht nur um Religion	08
Sexuelle Gewalt und Zwangskonversion von Frauen – i) Nigeria, Syrien und Irak	24
Sexuelle Gewalt und Zwangskonversion von Frauen – ii) Ägypten und Pakistan	26
Die Krise innerhalb des Islam	32
Fallstudien	
INDIEN: Muslimischer Bauer von radikal-hinduistischen „Kuhschützern“ getötet	10
BURMA (MYANMAR): Massenflucht der Rohingya vor Gewalt, Vergewaltigung und Diskriminierung	14
IRAK: Niederlage der Extremisten läutet Wiederaufbau einer Stadt ein	16
PHILIPPINEN: Priester und Mitarbeiter der Kathedrale entführt	19
ÄGYPTEN: Extremisten töten 29 koptische Pilger	21
NIGERIA: Katholiken während der Messe von Kämpfern ermordet	22
AFGHANISTAN: Sprengstoffanschläge sunnitischer Extremisten auf schiitische Muslime	25
SPANIEN: Islamist steuert Lieferwagen in Menschenmenge, 15 Tote	28
FRANKREICH: Jüdin aus Fenster im dritten Stock gestoßen	30
MEXIKO: Geistliche im Visier krimineller Organisationen	33

Ein Überblick | Hintergrundinformationen von Marc Fromager (Direktor ACN Frankreich) und Marta Petrosillo (Leiterin Kommunikation, ACN Italien) | Gestaltung: Helen Anderson | Cover-Artwork: JS Design | Gedruckt von Cliffe Enterprise, Eastbourne, BN22 8UY

© 2018 Aid to the Church in Need | Aid to the Church in Need (UK), 12-14 Benhill Avenue, Sutton, Surrey SM1 4DA |
Eingetragene Stiftung in England & Wales (1097984) und Scotland (SC040748) | 020 8642 8668 | acn@acnuk.org

VORWORT

von Kardinal Dieudonné Nzapalainga

Erzbischof von Bangui, Zentralafrikanische Republik

Für uns in der Zentralafrikanischen Republik ist Religionsfreiheit nicht einfach ein Konzept, sondern eine Überlebensfrage. Dabei geht es nicht darum, ob man sich mit den ideo-logischen Grundlagen, auf denen Religionsfreiheit aufbaut, mehr oder weniger anfreunden kann: Die Frage lautet vor allem, wie sich ein Blutbad verhindern lässt!

Hier in Bangui, wo zerstörerische Kräfte sich festgesetzt haben, haben wir keine Wahl: Entweder gelingt es uns, den Frieden wiederherzustellen, oder wir werden zugrunde gehen. Und in diesem Zusammenhang ist anzumerken, dass ein solcher Frieden nur auf einem echten religiösen Frieden gründen kann. Dieser wiederum ist in einem multireligiösen Kontext nur möglich, wenn Religionsfreiheit verstanden, akzeptiert und aufrechterhalten wird.

Für unser Land – wo wir aufgrund unserer unmittelbaren Erfahrungen wissen, was auf dem Spiel steht – gilt genauso wie für andere krisengebeutelte Regionen der Erde: Es ist unsinnig zu unterstellen, dass die religiöse Dimension einzige und allein für das Chaos verantwortlich ist. Die Realität ist komplex, und die Krisen unserer Zeit sind meist die Folge mehrerer ineinander greifender Faktoren.

Wieder und wieder sehen wir, wie politische, wirtschaftliche und religiöse Faktoren alle miteinander verbunden sind. Insgesamt ist leider festzustellen, dass die religiösen Aspekte einer Krise häufig instrumentalisiert werden – für politische Interessen oder wirtschaftlichen Profit und oft genug auch für beides auf einmal.

Diese Instrumentalisierung der Religion ist ein äußerst wirksames Mittel, denn religiöse Gefühle sprechen etwas an, das in unserem Innersten liegt – und das Thema Religion ist zweifellos geeignet, um leidenschaftliche Emotionen hervorzurufen. Die westlichen Medien heben diesen Umstand heutzutage gern hervor, um Religion insgesamt in ein schlechtes Licht zu rücken. Daher müssen wir uns fortwährend bemühen, das Bild wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Freilich bedeutet dies nicht, dass Religion niemals

die Ursache für Spannungen oder auch ernsthafte Konflikte ist; doch wir brauchen ein unverfälschtes Urteilsvermögen.

In der Zentralafrikanischen Republik gab es keine religiösen Spannungen, bevor der gegenwärtige Konflikt ausbrach, der unser Land in ein Szenario andauernder Gewalt versinken ließ. Das daraus resultierende Chaos ermöglicht es den Gewaltakteuren nicht nur, die Reichtümer unseres Landes zu plündern, sondern auch langfristige politische Ziele zu verfolgen und dabei religiöse Auseinandersetzungen zu inszenieren, um sich persönlich zu bereichern.

In unserer Zusammenarbeit mit anderen religiösen Führern scheuen wir keine Mühen, um – im Rahmen unserer Möglichkeiten – Lösungen für diese religiösen Spannungen und Konflikte zu finden. Dabei gehen wir Risiken ein und setzen uns einem hohen Maß an Kritik aus. Trotzdem ist das beständige Streben nach interreligiösem Dialog und Versöhnung ohne Frage die letzte Verteidigung, die uns bleibt, um eine endgültige Implosion unseres Landes zu verhindern.

Vor diesem Hintergrund erscheint der Bericht *Religionsfreiheit weltweit* von Kirche in Not zu einem Zeitpunkt, da er dringend benötigt wird. Denn dieser Bericht ist eine

Bestätigung dafür, wie wichtig das ist, was wir hier in meinem Land tun. Darüber hinaus bietet er eine kraftvolle Quelle der Ermutigung inmitten so vieler Frustrationen und Enttäuschungen. Und schließlich ist der Bericht ein wertvolles Instrument, das uns die absolute Notwendigkeit vor Augen führt, Frieden zu stiften.

Wird Religionsfreiheit in ihrer ganzen Fülle gelebt, so schafft sie das Risiko einer Instrumentalisierung von Religion aus der Welt. Darüber hinaus kann sie uns auch einen, indem sie uns Mut macht, unsere Unterschiede zu respektieren, und dadurch der politischen und ökonomischen Manipulation Einhalt gebieten, der wir ausgesetzt sind. Ein großer Dank geht an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Kirche in Not für diesen Dienst, den Sie uns mit der Veröffentlichung dieses Berichts erweisen!



Cardinal Dieudonné Nzapalainga with Kobine Layama, chair of the Islamic Community of the Central African Republic.

DIE ERGEBNISSE IM ÜBERBLICK

Beobachtungszeitraum: Juni 2016 bis einschließlich Juni 2018

1. a) Im Beobachtungszeitraum hat sich in 18 der 38 Länder, in denen schwerwiegende Verletzungen der Religionsfreiheit zu verzeichnen waren, die Situation für religiöse Minderheiten weiter verschlechtert – also in nahezu jedem zweiten betroffenen Land. Besonders gravierende Einschnitte waren in China und Indien zu beobachten. In vielen anderen Ländern – u. a. Nordkorea, Saudi-Arabien, Jemen und Eritrea – war die Lage bereits so desolat, dass sie sich kaum noch verschlechtern konnte.
-
- b) Aufgrund zunehmender Intoleranz gegenüber religiösen Minderheiten wurden zwei Länder – Russland und Kirgisistan – erstmals in die Kategorie „Diskriminierung“ eingeordnet.
- c) Im Vergleich zum letzten Bericht von 2016 gab es in mehr Ländern mit schwerwiegenden Verletzungen der Religionsfreiheit Anzeichen dafür, dass sich die Bedingungen für religiöse Minderheiten weiter verschlechtert hatten: 18 Länder (vier mehr als vor zwei Jahren).
- d) Aufgrund einer Zunahme der Verletzungen der Religionsfreiheit durch staatliche Akteure (autoritäre Regime) war im Vergleich zu 2016 insgesamt in mehr Ländern ein Abnehmen der Religionsfreiheit zu verzeichnen.
- e) Im Gegensatz dazu hat ein erheblicher Rückgang der Gewalt vonseiten der al-Shabaab-Miliz dazu geführt, dass Tansania und Kenia (2016 beide in der Kategorie „Verfolgung“) im Jahr 2018 der Kategorie „nicht klassifiziert“ zugeordnet wurden. Während in einigen Staaten islamistisch motivierte Verletzungen der Religionsfreiheit zurückgegangen sind, hat sich die Lage jedoch in vielen anderen Ländern deutlich verschlechtert.

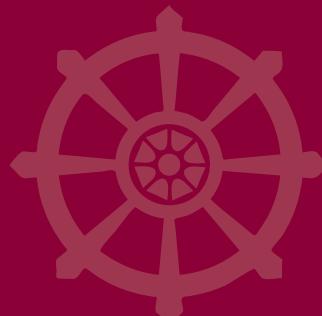
2. Das Phänomen eines aggressiven Nationalismus, der mit einer feindseligen Haltung gegenüber religiösen Minderheiten einhergeht, hat sich in einem solchen Maß gesteigert, dass man von Ultranationalismus sprechen kann. Gewaltsame und systematische Einschüchterung von religiösen Minderheiten führt dazu, dass diese Gemeinschaften als abtrünnige Fremdlinge und Bedrohung für den Staat gebrandmarkt werden.

3. Es gibt zunehmend Anzeichen für einen „Vorhang“ der Gleichgültigkeit, hinter dem das Leid und die Not gefährdeter Glaubengemeinschaften verborgen bleiben – ignoriert von einem in religiösen Belangen unkundigen Westen.

4. In den Augen westlicher Regierungen und der Medien rutscht die Religionsfreiheit auf der Prioritätenliste der Menschenrechte weiter

nach unten, verdrängt durch Themen rund um Geschlechterfragen, Sexualität und ethnischer Zugehörigkeit.

5. In Teilen des Nahen Ostens, die vormals vom sogenannten Islamischen Staat (IS; auch: Daesh) und anderen hyperextremistischen Gruppen besetzt waren, ist eine schnelle – und unerwartete – Wiederansiedlung von einigen religiösen Minderheitsgemeinschaften zu beobachten.
6. Die meisten westlichen Regierungen haben dabei versagt, religiösen Minderheiten die dringend benötigte Unterstützung zu bieten; dies betrifft vor allem auch Gemeinschaften von Vertriebenen, die in ihre Heimatländer zurückkehren möchten.
7. Durch die Erfolge von Militäraktionen gegen den IS und andere Hyperextremisten wird häufig verschleiert, dass sich militante islamistische Bewegungen in Teilen Afrikas, des Nahen Ostens und Asiens weiter ausbreiten.
8. Konflikte zwischen dem sunnitischen und dem schiitischen Islam bieten extremistischen Gruppen wie dem IS weiterhin einen Nährboden.
9. Es gibt neue Belege für das Ausmaß an sexuellem Missbrauch von Frauen durch extremistische Gruppen und Einzeltäter in Afrika, im Nahen Osten und in Teilen des indischen Subkontinents.
10. Eine Welle extremistischer Anschläge, die zum Teil von religiösem Hass motiviert waren, hat Europa und andere Regionen im Westen erschüttert. Derartige Attentate deuten darauf hin, dass die Bedrohung durch militanten Extremismus nunmehr universell, unmittelbar und allgegenwärtig ist – der Terror ist gewissermaßen in der Nachbarschaft angekommen.
11. Im Westen hat die Islamfeindlichkeit zugenommen, was zum Teil der andauernden Migrationskrise zuzuschreiben ist.
12. Es gibt Belege für eine Zunahme des Antisemitismus, der zu einem Anstieg der Zahlen jüdischer Einwanderer nach Israel führt.



HINTERGRUNDINFORMATION

Es geht nicht nur um Religion

Von Marc Fromager, Direktor ACN Frankreich

Mit dem vorliegenden Bericht zur Religionsfreiheit soll untersucht werden, wie es um die religiöse Praxis und Glaubensausübung in den einzelnen Ländern bestellt ist. Außerdem soll eine Einschätzung bezüglich der Zukunftsperspektiven für die Religionsfreiheit gegeben werden.

Will man im Rahmen der Analyse von Konflikten die Rolle, welche die Religion spielt, angemessen beurteilen, gilt es zwei Fehler zu vermeiden: Weder darf man ihren realen Einfluss aufbauschen, noch darf man die religiöse Dimension vernachlässigen. Denn tatsächlich ist Religion nur einer von zahlreichen Einflussfaktoren, die häufig untrennbar miteinander verbunden sind.

Ohne dass hier eine Rangfolge aufgestellt werden soll, würde eine Liste der beteiligten Faktoren etwa folgendermaßen aussehen: Auswirkungen der Geschichte, Einflüsse von Geografie und Klima, politische Gegebenheiten (sowohl historisch als auch aktuell), demografische Merkmale, sozioökonomische Situation, Kultur, Bildungsniveau und schließlich Religion.

Wenn wir diese verschiedenen Elemente aus Gründen der Übersichtlichkeit in Kategorien zusammenfassen wollten, könnten wir die meisten Konfliktursachen weitestgehend in drei grundlegenden Bereichen verorten: Politik, Wirtschaft und Religion. Letztere ist allerdings nur selten Gegenstand systematischer Untersuchungen – eine Ausnahme bilden Studien wie dieser Bericht, wo sie im Fokus steht.

Die Komplexität von Konflikten lässt sich am Beispiel zweier Krisen der jüngsten Vergangenheit veranschaulichen: der Krieg in Syrien und der Exodus der Rohingya. Die Syrien-Krise wird zwar gemeinhin als Bürgerkrieg dargestellt, hat aber auch eine internationale geopolitische Dimension (saudisch-iranischer Konflikt und anschließende russisch-amerikanische Konfrontation), eine ökonomische Komponente (katarisches Gas, syrisches Öl) und einen religiösen Aspekt (feindselige Auseinandersetzungen zwischen Sunnitern und Schiiten vor dem Hintergrund der Vertreibung religiöser Minderheiten).

Was den Rohingya-Konflikt betrifft, so wird der Sachverhalt häufig allzu vereinfacht dargestellt („arme, unschuldige Muslime werden von bösartigen burmesischen Buddhisten verfolgt“). Ohne das Leid von nahezu einer halben Million Flüchtlingen herunterspielen oder die zahllosen Opfer entwürdigen zu wollen, bleibt doch die Tatsache: Wenn man die Ursachen dieses Konflikts genauer untersucht, wird deutlich, dass er nicht rein religiöser Natur ist.

Auch hier kommen wieder politische Faktoren ins Spiel: der Wunsch nach Abspaltung eines Teils der indigenen Bevölkerung auf Burmas (Myanmars) Staatsgebiet vor dem Hintergrund demografischer Veränderungen (in den Augen vieler Burmesen und der Regierung sind die Rohingya überwiegend bengalischen Ursprungs). Ebenso spielen ökonomische Aspekte eine Rolle (Entdeckung großer Kohlenwasserstoffvorkommen vor der Küste dieser Region; Wunsch, es mit beträchtlichen chinesischen Investitionen aufzunehmen).

Diese beiden Beispiele zeigen, dass zwar ein religiöser Faktor im Spiel ist, die Religion aber keineswegs als eigentliche Ursache der jeweiligen Krise herhalten kann. Angesichts der Komplexität der Ursachen wird vielmehr offenbar, warum die Förderung der Religionsfreiheit von so großer Bedeutung ist: Wenn sie gewährleistet ist, besteht ein geringeres Risiko, dass Religion instrumentalisiert wird – und damit wird einer der Faktoren aus der Welt geschafft, aus denen sich die Krise nähren kann.



DIE WICHTIGSTEN ERGEBNISSE

Von John Pontifex, Chefredakteur, *Bericht Religionsfreiheit weltweit 2018*

Sie hielten mir ein Messer an die Kehle und eine Pistole an den Kopf. Sie nannten mich einen Kafir [Ungläubigen]. Sie sagten, sie würden mich töten. Ich kam in Einzelhaft, und in den folgenden Wochen verlor ich mehr als die Hälfte meines Körpergewichts.¹

So berichtete der dreifache Familienvater Antoine in einem Interview mit Kirche in Not zu Beginn des Jahres 2018 darüber, wie ihm geschah, als er in Aleppo im Norden Syriens von islamistischen Extremisten gefangen genommen wurde. Als die Kämpfer herausfanden, dass er Christ war, forderten sie ihn auf zu konvertieren – anderenfalls sollte er sterben. Antoine wurde eingesperrt, gefoltert und bekam nichts zu essen. Jeden Tag wachte er mit der Angst auf, dass es sein letzter sein könnte.

Das war den Preis, den Antoine zahlen musste – weil die Religionsfreiheit in seinem Land nicht geachtet wurde. Und doch hat er großes Glück gehabt. Eines Tages konnte er die Gelegenheit zur Flucht nutzen. Als all seine Geiselnehmer sich zum Gebet versammelt hatten, schlich er sich zum Haupttor seines Gefängnisses und stellte fest, dass die Kette lose war. Er schlüpfte hinaus, erklimmte eine hohe Mauer und rannte um sein Leben. Noch am selben Tag war er wieder mit seiner Frau Georgette und seinen drei kleinen Töchtern vereint.

Es sind vor allem Erzählungen wie die von Antoine und zahlreiche weitere persönliche Schilderungen, die diesem Bericht seine Daseinsberechtigung geben. Für viele andere Menschen jedoch nimmt die Geschichte ihrer Verfolgung keinen so glücklichen Ausgang: Unzählige Menschen mussten ihr Leben lassen, nur weil sie der „falschen“ Religion angehörten; viele andere werden vermisst, und noch mehr sitzen auf ungewisse Zeit im Gefängnis.

Die Vielzahl solcher Vorfälle, denen religiöser Hass zugrunde liegt, führt uns deutlich vor Augen, in welchem Maße Religionsfreiheit in unserer Welt ein „verwaistes Recht“ ist.²

Daher ist es heute wohl wichtiger denn je, sich auf eine eindeutige und tragfähige Definition von Religionsfreiheit zu einigen und zu klären, welche Konsequenzen dies für Regierungen, Justizbehörden und die Gesellschaft insgesamt haben sollte. Der vorliegende Bericht *Religionsfreiheit weltweit 2018* von Kirche in Not stützt sich auf die zentralen Grundsätze betreffend die religiöse Freiheit, wie sie in Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte festgeschrieben sind, die die Vereinten Nationen im Jahr 1948 verabschiedeten:

Jeder hat das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit; dieses Recht schließt die Freiheit ein, seine

Religion oder seine Weltanschauung zu wechseln, sowie die Freiheit, seine Religion oder seine Weltanschauung allein oder in Gemeinschaft mit anderen, öffentlich oder privat durch Lehre, Ausübung, Gottesdienst und Kulthandlungen zu bekennen.³

Der Bericht beleuchtet den Zweijahreszeitraum bis einschließlich Juni 2018 und analysiert die jeweilige Situation in jedem Land der Erde. Da die Religionsfreiheit isoliert betrachtet nicht angemessen beurteilt werden kann, wird in den Länderberichten auch die Wechselbeziehung zwischen religiösen Belangen und anderen Faktoren kritisch hinterfragt – z. B. Politik, Wirtschaft, Bildung. (Siehe Hintergrundinformation – Es geht nicht nur um Religion) Insgesamt wurden 196 Nationen untersucht; ein besonderes Augenmerk lag dabei jeweils auf dem Platz der Religionsfreiheit in der Verfassung und anderen gesetzlichen Bestimmungen, beachtenswerten Vorkommnissen und schließlich einer Prognose der zukünftigen Entwicklung. Basierend auf den Einzelberichten wurden die Länder verschiedenen Kategorien zugeordnet (siehe Tabelle ab Seite 36-39). Bei der Tabelle liegt der Schwerpunkt auf Ländern, in denen die Verletzungen der Religionsfreiheit über vergleichsweise milde Formen der Intoleranz hinausgehen und eine wesentliche Menschenrechtsverletzung darstellen.

Die Länder, in denen solch schwerwiegende Verstöße vorliegen, wurden in zwei Kategorien eingeteilt: „Diskriminierung“ und „Verfolgung“. (Eine vollständige Definition für beide Kategorien findet sich unter www.religion-freedom-report.org) In diesen Fällen haben die Opfer üblicherweise nur wenige oder gar keine Möglichkeiten, den Rechtsweg zu beschreiten.

Im Wesentlichen geht mit „Diskriminierung“ für gewöhnlich eine Institutionalisierung von Intoleranz einher, die vom Staat oder seinen Vertretern auf verschiedenen Ebenen vollzogen wird; dabei wird die ungerechte Behandlung einzelner Gruppen, darunter Glaubengemeinschaften, durch gesetzliche Bestimmungen oder aber auch durch festgefahrenen Gewohnheiten gleichsam zementiert.

Während bei der Kategorie „Diskriminierung“ in der Regel der Staat als Unterdrücker identifiziert werden kann, sind bei der Alternative „Verfolgung“ auch terroristische Gruppierungen und weitere nichtstaatliche Akteure eingeschlossen; hier liegt der Schwerpunkt auf der aktiven Ausübung von Gewalt und Unterjochung, u. a. in Form von Mord, gesetzeswidriger Inhaftierung und Zwangsexil, sowie Beschädigung und Enteignung von Eigentum. Tatsächlich kann der Staat selbst oft zum Opfer werden, wie am Beispiel Nigerias ersichtlich ist. Anhand dieser Definition wird deutlich, dass „Verfolgung“ eine Kategorie der schwerwiegenderen Verstöße darstellt, da die betreffenden Verletzun-

¹ John Pontifex, ‘The suicide bomber saved by Our Lady,’ *Catholic Herald*, 8. März 2018, <http://www.catholicherald.co.ukw0080000007c4dwww.catholicherald.co.uk/magazine-post/the-suicide-bomber-saved-by-our-lady/>

² ‘Article 18: an orphaned right’ – A report of the All Party Parliamentary Group on International Religious Freedom (Bericht der parteiübergreifenden parlamentarischen Arbeitsgruppe zur internationalen Religionsfreiheit), Juni 2013

³ United Nations – ‘The Universal Declaration of Human Rights’ – <http://www.un.org/en/universal-declaration-human-rights/index.html> (abgerufen am 23. Juni 2018)



Foto: Burhan Kinu/Hindustan Times/Getty Images

MUSLIMISCHER BAUER VON RADIKAL-HINDUISTISCHEN „KUHSCHÜTZERN“ GETÖTET

April 2017: In Alwar im Bundesstaat Rajasthan stirbt der muslimische Milchbauer Pehlu Khan nach einem Angriff durch Mitglieder einer „Kuh-Bürgerwehr“. Khan und seine Mitarbeiter waren dabei, gerade erworbene Milchvieh in ihr Dorf zu transportieren, als sie von rund 200 selbsternannten Kuhschützern aufgehalten wurden. In der hinduistischen Tradition ist die Kuh heilig, und sie wird auch durch Indiens Verfassung geschützt. Menschen, die im Verdacht stehen, Kühe zu schlachten, werden in Indien häufig von Bürgerwehren schikaniert, angegriffen und manchmal sogar getötet.

Kurz vor seinem Tod konnte Khan noch eine Aussage gegenüber der Polizei machen und sechs Personen identifizieren, die für den Überfall auf ihn verantwortlich waren. Doch alle strafrechtlichen Vorwürfe gegen die Täter wurden schließlich fallen gelassen. Die Behörden stellten die Mordermittlungen ein – aber elf Muslime, die zusammen mit Khan attackiert worden waren, wurden in Verbindung mit Verstößen gegen Rajasthans Gesetz zum Schutz der Kühe festgenommen.

In Neu Delhi und anderen Städten gab es Proteste gegen die zunehmende Gewalt der Hindu-Bürgerwehren, unter der vor allem Muslime sowie Dalits, die im Kastensystem auf der untersten Stufe stehen, zu leiden haben. Insgesamt hat die Zahl der Übergriffe auf Angehörige religiöser Minderheiten, besonders auch Christen, drastisch zugenommen, nachdem die Bharatiya Janata Party (BJP; Indische Volkspartei) bei den Wahlen im März 2017 einen Erdutschsieg errang.

Die Parteiführung der BJP tritt offen für die Hindutva-Ideologie ein, der zufolge die indische Nation ihrem Wesen nach hinduistisch ist. Nach dem Tod von Pehlu Khan sagte der Oppositionspolitiker Rahul Gandhi, diese „neue Vision für Indien, die Narendra Modi [...] propagiert [...], ist eine Vision, bei der letztendlich nur eine Anschauung Geltung haben soll“. Premierminister Modi forderte indessen im August 2017, Maßnahmen gegen die Kuh-Bürgerwehren zu ergreifen.

Im Jahr 2017 wurden mindestens zehn Muslime von radikal-hinduistischen Kuhschützern ermordet.

Quellen: LiveMint, Donnerstag, 6. April 2017; Times of India, 25. April 2017; Business Standard (India), 1. Februar 2018; USCIRF 2018 report.

gen der Religionsfreiheit noch gravierender sind (und ihrem Wesen nach in der Regel auch Formen der Diskriminierung als Nebenprodukt beinhalten).

Infolge der Untersuchung jedes einzelnen Landes kam dieser Bericht zu dem Schluss, dass im Beobachtungszeitraum in 38 Ländern der Erde (19,3%) Hinweise auf schwerwiegende Verletzungen der Religionsfreiheit vorlagen. Diese 38 Länder wurden noch einmal besonders unter die Lupe genommen, mit den folgenden Ergebnissen: 1.) 21 Länder (55%) wurden in die höchste Kategorie ‚Verfolgung‘ eingeordnet, 17 Länder (45%) in die Kategorie ‚Diskriminierung‘. Global betrachtet bedeutet dies, dass bezüglich der Religionsfreiheit in 11% aller Staaten ‚Verfolgung‘ und in 9% ‚Diskriminierung‘ herrscht. 2.) In 18 dieser 38 Länder (entsprechend 47,5%) hat sich die Situation der Religionsfreiheit weiter verschlechtert (die betroffenen Länder sind zu etwa gleichen Teilen in den Kategorien ‚Verfolgung‘ und ‚Diskriminierung‘ vertreten). 3.) In weiteren 18 von 38 Ländern (47,5%) gab es im Zeitraum 2016 bis 2018 keine offensichtlichen Anzeichen einer Veränderung. 4.) Lediglich in zwei Ländern (5%) haben sich die Bedingungen für die Religionsfreiheit verbessert, nämlich im Irak und in Syrien, die beide 2016 noch zu den größten Rechtsverletzern gehörten. In Russland und Kirgisistan wiederum haben sich die Bedingungen für die Religionsfreiheit im Beobachtungszeitraum dermaßen verschlechtert, dass die beiden Länder 2018 erstmals in die Kategorie Diskriminierung eingeordnet wurden. Im Gegensatz dazu hat der deutliche Rückgang militanter islamistischer Gewalt in Tansania (mit Sansibar) und Kenia dazu geführt, dass beide Länder 2018 gleich zwei Kategorien heruntergestuft wurden und nun als ‚nicht klassifiziert‘ betrachtet werden.

Während die Ergebnisse des Berichts 2018 in vielerlei Hinsicht mit denen aus dem Jahr 2016 vergleichbar sind, gibt es doch einen bedeutenden Unterschied, nämlich einen Anstieg der Zahl der Länder mit schwerwiegenden Verletzungen der Religionsfreiheit, in denen sich die Situation eindeutig noch verschlechtert hat. Dies war 2018 in 18 Ländern (vier mehr als im vorherigen Berichtszeitraum) der Fall. Dieser generellen Verschlechterung liegt ein Muster zugrunde, nämlich eine zunehmende Gefährdung der Religionsfreiheit durch staatliche Akteure. Beispiele hierfür sind u. a. Burma (Myanmar), China, Indien, Iran, Kasachstan, Kirgisistan, Russland, Tadschikistan und die Türkei. Die Bedrohung durch islamistische und andere nichtstaatliche Akteure ist seit 2016 in Ländern wie Syrien, Irak, Tansania und Kenia zurückgegangen. In vielen anderen Ländern war die Bedrohung durch Islamismus zwar beachtlich, aber doch (noch) nicht so ausgeprägt, dass eine Einordnung der betreffenden Länder in eine „schlechtere“ Kategorie gerechtfertigt gewesen wäre. Vieles deutet jedoch darauf hin, dass diese Bedrohung im kommenden Jahrzehnt zunehmen könnte. Dieselbe Prognose lässt sich mit größerer Gewissheit für staatliche Akteure – d. h. autoritäre Regime – machen. Denn sie sind dafür verantwortlich, dass die Religionsfreiheit seit 2016 in vielen Ländern

Rückschritte gemacht hat – darunter auch Staaten, die auf regionaler und internationaler Ebene großen Einfluss ausüben.

Unter den Ländern, in denen die Religionsfreiheit im fraglichen Zeitraum besonders drastisch zurückgegangen ist, verdient Indien besondere Erwähnung, denn es ist weltweit das Land mit der zweitgrößten Bevölkerung⁴ und einer der am schnellsten wachsenden Volkswirtschaften.⁵ Hier kamen mit jedem Beitrag zum Länderbericht erschreckende Gewaltakte ans Licht – und immer war ein Motiv auszumachen, das auf religiösen Hass hindeutete. Ein Beispiel kommt aus dem Bundesstaat Madhya Pradesh in Zentralindien. Der Erzbischof von Sagar, Anthony Chirayath, berichtete von „einer Atmosphäre der Feindseligkeit gegen uns“.⁶ Im Rahmen eines Interviews im November 2017 schilderte er, wie fanatische Nationalisten Familien in seiner Diözese physisch bedroht und dazu gedrängt hätten, fortzugehen. Des Weiteren hätten Hindu-Extremisten in unmittelbarer Nähe einer Polizeistation in Satna acht Priester verprügelt und ihr Fahrzeug in Brand gesteckt. Die Menschenrechtsorganisation *Persecution Relief* hat für das Jahr 736 Übergriffe auf Christen in Indien dokumentiert – im Vergleich zu 358 im Jahr 2016.⁷ (Siehe Fallstudie – INDIEN: Muslimischer Bauer von radikal hinduistischen „Kuhschützern“ getötet)

Diese Gewalt gegen Christen, Muslime und andere Minderheiten – die im indischen Kastensystem häufig ganz unten angesiedelt sind – ist der Auswuchs einer besonders aggressiven Form des Nationalismus, der sich in Indien, aber auch in anderen Ländern rund um den Globus, manifestiert. Die Akteure dieses Nationalismus stellen gesetzestreue Minderheitsgemeinschaften nicht nur als Gefahr für den Nationalstaat hin, sondern gehen darüber hinaus aggressiv gegen sie vor – und wollen sie so zwingen, ihre unverwechselbare Identität aufzugeben oder aber das Land zu verlassen. Dieses Phänomen können wir als *Ultranationalismus* bezeichnen. In einem Klima, das von zunehmender Angst bestimmter Hindu-Gemeinschaften vor einer angeblichen Evangelisierung geprägt ist, werden Minderheiten beschuldigt, „eine Bedrohung für die Einheit des Landes“ darzustellen, wie es ein indischer Parlamentarier ausgedrückt hat.⁸ Derartige Behauptungen deuten auf eine nationalistische Geisteshaltung hin, bei der der Nationalstaat ausschließlich mit dem Hinduismus identifiziert wird.

Hindu-nationalistische Hardliner sind regelmäßig für Übergriffe verantwortlich, die zu einem „noch nie dagewesenen Trend gehören, bei dem [Minderheitsgemeinschaften] so dargestellt werden, als handelten sie gegen den Staat und das nationale Ethos“.⁹ Wiederholt wurden in Verbindung mit Gewalttaten auch Bedenken bezüglich einer „Mittäterschaft“¹⁰ der indischen Sicherheitskräfte – oder aber zumindest ihres Nichteingreifens – laut. Beobachtungsstellen für die Religionsfreiheit haben einen Zusammenhang zwischen dem deutlichen Anstieg von Angriffen auf religiöse Minderheiten in Indien und dem Machtzuwachs der *Bharatiya Janata Party* (BJP; Indische Volkspartei) festgestellt; Gewalt gegen Minderheiten sei inzwischen

⁴ Laut Statistik des *Yearbook of International Religious Demography* betrug Indiens Bevölkerung im Jahr 2016 1,326 Mrd. Menschen.

⁵ Kiran Stacy and James Kynge, ‚India regains title of world’s fastest-growing economy‘, *Financial Times*, 28. Februar 2018, <https://www.ft.com/content/cb5a4668-1c84-11e8-956a-43db76e69936> (abgerufen am 24. Juni 2018).

⁶ ‘Hindu radicals want to eliminate us. Help us,’ says the bishop of Sagar’, *AsiaNews.it*, 16. November 2017, <http://www.asianews.it/news-en/%26ldquo%3BHindu-radicals-want-to-eliminate-us.-Help-us%2C%26rdquo%3B-says-the-bishop-of-Sagar-42340.html> (abgerufen am 24. Juni 2018)

⁷ ‘Attacks on Christians in India double in one year,’ 21. Februar 2018, *CathNews*, <http://www.cathnews.com/cathnews/31392-attacks-on-christians-in-india-double-in-one-year> (abgerufen am 24. Juni 2018).

⁸ Shilpa Shaji, ‚History of attacks on Christians by the Right Wing in India‘, 23. April 2018, <https://www.newsclick.in/history-attacks-christians-right-wing-india> (abgerufen am 24. Juni 2018).

⁹ Saji Thomas, ‚Hindu attacks on Christians double in India‘, *UCANews*, 20. Februar 2018, <https://www.ucanews.com/news/hindu-attacks-onchristians-double-in-india/81570> (abgerufen am 24. Juni 2018).

¹⁰ ‘Police Complicit in Hindu Extremist Attack on Christians in Tamil Nadu, Sources say’, *Morning Star News*, 19. Dezember 2017, <https://morningstarnews.org/2017/12/police-complicit-hindu-extremist-attack-christians-tamil-nadu-india-sources-say/> (abgerufen am 24. Juni 2018).

zur „Routine“ geworden.¹¹ Die BJP ist ideologisch und organisatorisch eng mit hindu-nationalistischen Gruppen verbunden, darunter die ultranationalistische *Rashtriya Swayamsevak Sangh* (RSS; „Nationale Freiwilligenorganisation“).¹² Narendra Modi führte seine BJP bei den Wahlen im Jahr 2014 zum Erfolg und ist seitdem Premierminister. Bischof Thomas Paulsamy sagte gegenüber Kirche in Not: „Die BJP unterstützt die Fundamentalisten. [Premierminister Modi] will nicht, dass die Verfassung angewendet wird, sondern eher die religiösen Grundsätze und Werte des Hinduismus.“¹³

Diese Form des Nationalismus und seine Auswirkungen auf religiöse Minderheiten bleiben jedoch keineswegs auf Indien beschränkt. Tatsächlich ist eines der wichtigsten Ergebnisse des Berichts *Religionsfreiheit weltweit 2018*, dass die Entwicklungen in Indien gewissermaßen charakteristisch sind für einen Anstieg des religiösen Ultrana

tionalismus in einigen der führenden Nationen der Welt, wobei der gemeinsame Nenner jedes Mal ist, dass religiöse Minderheitsgemeinschaften attackiert werden. Letztere werden als Fremde im Land portraitiert, die eine potenzielle Bedrohung (selbst wenn diese nicht tatsächlich existiert) der sogenannten nationalen Kultur darstellen, da ihre Loyalität angeblich anderen Ländern gilt. Wird diesem Ultrana

tionalismus nicht Einhalt geboten, ist zu befürchten, dass er wachsenden Druck und eventuell sogar ausgewachsene Gewaltkampagnen hervorbringt – wodurch die betroffenen Minderheiten gezwungen werden sollen zu fliehen, oder aber ihrem Glauben abzuschwören.¹⁴

Es ist allerdings nicht so, dass sich der Ultrana

tionalismus immer mit einer bestimmten Religion identifiziert, die er dann zum Nachteil aller anderen favorisieren würde. In China beispielsweise sind alle Glaubensgemeinschaften gefährdet, sobald sie – bildlich gesprochen – versuchen, sich von der zunehmend autoritären Hand der Parteiführung zu lösen. In den vergangenen zwei Jahren ist das Regime von Staatspräsident Xi Jinping erneut rigoros gegen Gemeinschaften vorgegangen, die den kommunistischen Machthabern Widerstand leisteten (und sei es auch nur in deren Wahrnehmung).

In der Provinz Xinjiang im Nordwesten Chinas war der 2016 zum Parteichef ernannte Chen Quanguo für ein massives Durchgreifen gegen die Uiguren, die größte muslimische Gemeinschaft im Land,

verantwortlich. Berichten zufolge hat die Regierung Tausende „Umerziehungslager“ bauen lassen.¹⁵ Rund 100.000 Uiguren (andere Quellen gehen von deutlich höheren Zahlen aus) seien „auf unbestimmte Zeit in überfüllten Umerziehungslagern entlang Chinas westlicher Grenze festgehalten“ worden.¹⁶ Ein Gefangener schilderte, dass er solange nichts zu essen bekam, bis er Präsident Xi und der Kommunistischen Partei gedankt hatte.

In zahlreiche Meldungen zu „verstärkter Unterdrückung religiöser Aktivitäten“ reiht sich auch eine Rede ein, die Präsident Xi im Oktober 2017 auf dem alle fünf Jahre stattfindenden Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas hielt: Hier betonte er, dass alle Religionen „China-orientiert“ sein müssten.¹⁷ Das Regime, so der Präsident weiter, würde keinen Separatismus unter dem Deckmantel der Religion dulden. Belege für die Entschlossenheit, diesen Ansatz auch konsequent zu verfolgen, gab es im Januar 2018, als die Regierung die neuen „Verordnungen zu religiösen Angelegenheiten“ einführt, die immense Einschränkungen für Glaubensgemeinschaften mit sich bringen, indem z. B. ihre Aktivitäten auf bestimmte Örtlichkeiten begrenzt werden und der Zugang zu diversen Formen der Online-Präsenz geblockt wird.¹⁸ Ende 2017 wurde gemeldet, dass man Christen in einigen Landesteilen Geld dafür geboten hätte, Bilder des Jesukindes in ihren Wohnungen abzunehmen und ein Portrait des Präsidenten an deren Stelle aufzuhängen.¹⁹ Im April 2018 wurde der Online-Vertrieb von Bibeln untersagt,²⁰ und zwei staatlich kontrollierte protestantische Körperschaften kündigten an, sie würden an einer neuen, „säkularisierten“ Version der Bibel arbeiten, die mit der „Sinisierung“ und dem Sozialismus vereinbar sei.²¹

Wenden wir uns nun Russland zu – und damit einer weiteren Dimension des religiösen Ultrana

tionalismus. Der diesjährige Länderbericht kommt zu dem Ergebnis, dass sich „die Situation der Religionsfreiheit in den letzten zwei Jahren verschlechtert“ hat.²² Besonderer Anlass zur Sorge bereiten die im Juli 2016 im Rahmen der russischen Anti-Terrorgesetzgebung erlassenen Gesetze, die als sogenanntes „Jarowaja-Paket“ bekannt sind. Mit diesen Gesetzen wurden die Einschränkungen für missionarische Tätigkeiten (darunter das Predigen und die Verbreitung von religiösen Materialien) verschärft.²³ Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang allerdings, dass die religiöse Hauptströmung im Land, die eng mit der russischen Kultur und

¹¹ Shilpa Shaji, ‘History of attacks on Christians by the Right Wing in India’, 23. April 2018, <https://www.newsclick.in/history-attacks-christians-right-wing-india> (abgerufen am 24. Juni 2018)

¹² ‘Indian Christians faced almost as many attacks in first half of 2017 as all of 2016’, *World Watch Monitor*, 8. August 2017, <https://www.worldwatchmonitor.org/2017/08/hinduisisation-of-india-leads-to-more-anti-christian-violence/> (abgerufen am 24. Juni 2018).

¹³ Murcadha O Flaherty, ‘India: Christians protest amid surge in attacks by Hindu extremists’, *Aid to the Church in Need (UK)*, 5. Juni 2018, <https://acnuk.org/news/india-christians-protest-amid-surge-in-attacks-by-hindu-extremists/> (abgerufen am 24. Juni 2018).

¹⁴ So sagte etwa der Anführer von *Dharm Jagran Samiti* (DJS) im Bundesstaat Uttar Pradesh nach dem Wahlerfolg Modis im Jahr 2014: „Unser Ziel ist es, Indien bis zum Jahr 2021 zu einer *Hindu-Rashtra* [Nation] zu machen. Die Muslime und Christen haben kein Recht, hier zu bleiben. Also müssten sie entweder zum Hinduismus konvertieren oder wären gezwungen, sich davonzumachen.“ Zitiert von Shilpa Shaji in ‘History of attacks on Christians by the Right Wing in India’, 23. April 2018, <https://www.newsclick.in/history-attacks-christians-right-wing-india> (abgerufen am 24. Juni 2018).

¹⁵ ‘Apartheid with Chinese characteristics’, *The Economist*, 2. Juni 2018, S. 21-26.

¹⁶ ‘Thousands of Uighur Muslims detained in Chinese ‘re-education’ camps’, *The Telegraph*, 26. Januar 2018, <https://www.telegraph.co.uk/news/2018/01/26/thousand-uighur-muslims-detained-chinese-re-education-camps/> (abgerufen am 24. Juni 2018).

¹⁷ ‘China’s president seeks more control over religion’, *The Catholic World Report*, 25. Oktober 2017, <https://www.catholicworldreport.com/2017/10/25/chinas-president-seeks-more-control-over-religion/> (abgerufen am 24. Juni 2018).

¹⁸ ‘China’s new religion regulations expected to increase pressure on Christians’, *World Watch Monitor*, 1. Februar 2018, <https://www.worldwatchmonitor.org/2018/02/chinas-new-religion-regulations-expected-increase-pressure-christians/> (abgerufen am 24. Juni 2018).

¹⁹ JB Cachilia, ‘China’s Christians are being told to take down their pictures of Jesus and replace them with President Xi instead,’ *Christian Today*, 15. November 2017, <https://www.christiantoday.com/article/chinas-christians-are-being-told-to-take-down-their-pictures-of-jesus-and-replace-them-with-president-xi-instead/118698.htm> (abgerufen am 24. Juni 2018).

²⁰ ‘Beijing bans online Bible sales’, *AsiaNews.it*, 5. April 2018, <http://asianews.it/news-en/Beijing-bans-online-Bible-sales-43540.html> (abgerufen am 24. Juni 2018).

²¹ ‘Protestant plan focuses on Sinicization of Christianity’, *UCANews*, 20. April 2018, <https://www.ucanews.com/news/protestant-plan-focuses-on-sinicization-of-christianity/82098> (abgerufen am 24. Juni 2018)

²² Lea Perekrests, Länderbericht Russland, *Religionsfreiheit weltweit 2018*, Kirche in Not, November 2018

²³ Mike Eckel, ‘Russia’s “Yarovaya Law” Imposes Harsh New Restrictions on Religious Groups’, *Radio Free Europe*, 11. Juli 2016, <https://www.rferl.org/a/russia-yarovaya-law-religious-freedom-restrictions/27852531.html> (abgerufen am 14. September 2018).

Geschichte verbunden ist, davon ausgenommen wurde. Infolge der Verabschiedung des Jarowaja-Pakets führte die Polizei Durchsuchungen in Privatwohnungen und Gotteshäusern von Angehörigen religiöser Minderheiten durch. Am 20. April 2017 verbot das Oberste Gericht der Russischen Föderation das Verwaltungszentrum der Zeugen Jehovas sowie alle 395 lokalen religiösen Organisationen im Land wegen „Extremismus“.²⁴

Dass das Phänomen eines erstarkenden Ultranationalismus mit seinen negativen Begleiterscheinungen für religiöse Minderheiten allgegenwärtig ist, zeigt auch das Beispiel der Türkei. Dort wurde die Position des sunnitischen Islam durch Präsident Recep Tayyip Erdogan's nationalistische Agenda gestärkt. Früher hatte das Regime gelobt, die Rechte von Minderheiten aufrechtzuerhalten, doch nach dem gescheiterten Staatsstreich im Juli 2016 wehte rasch ein anderer Wind. Obwohl sich das harte Durchgreifen der Regierung vornehmlich gegen politische Dissidenten richtete, gerieten auch religiöse Minderheitsgemeinschaften erneut unter Druck. Die Regierung gab unmittelbar der muslimischen Gülen-Bewegung die Schuld. Die Gemeinschaft der Aleviten war vielfach Opfer von Gewaltandrohungen; darüber hinaus gab es Fälle, in denen ihre Moscheen zu sunnitischen Gotteshäusern „umfunktioniert“ wurden.²⁵ Das Regime ließ außerdem zwei schiitisch-dschaferitische Fernsehsender schließen, die angeblich „terroristische Propaganda“ verbreitet hatten.²⁶ Christliche Gemeinschaften ließen durchblicken, dass Präsident Erdogan's Version des religiösen Nationalismus ihnen nur „wenig Raum“ ließe.²⁷ Andere berichteten von zunehmendem Druck; demnach würden Christen und andere Minderheiten von staatlichen Medienbetrieben häufig als „der Feind“ portraitiert.²⁸

Ungeheuerliche Verletzungen der Religionsfreiheit als Ergebnis ultranationalistischer Tendenzen gab es auch in weiteren Ländern. Die schwerwiegendsten Verletzungen betrafen Nordkorea, wo die Religionsfreiheit vollumfänglich von einem Regime verweigert wird, das jegliche Glaubensgemeinschaften als Gefahr für den „Personenkult“²⁹ um die Kim-Dynastie betrachtet. In Pakistan wiederum wurde der zunehmende Widerstand gegen geplante Änderungen der umstrittenen Blasphemiegesetze – die vor allem Minderheitsgemeinschaften gefährden – von Extremisten gerechtfertigt, die das Land in einen ausgewachsenen islamischen Staat verwandeln möchten. Im Mai 2018 entging Innenminister Ahsan Iqbal – der in dem Ruf steht, ein Verteidiger der Rechte religiöser Minderheiten zu sein – bei einem Schusswaffenattentat nur knapp dem Tod. Der Anschlag ereignete sich,

nachdem Iqbal eine christliche Gemeinschaft in seinem Wahlbezirk Narowal (Provinz Punjab) besucht hatte. Der mutmaßliche Täter Abid Hussain gab als Motiv an, er habe die Blasphemiegesetze verteidigen wollen.³⁰ In Tadschikistan führten Vorbehalte der Regierung gegenüber sogenannten ausländischen religiösen Einflüssen zu Unterdrückungsmaßnahmen, von denen besonders muslimische Gemeinschaften betroffen waren. Seit einer Gesetzesänderung im August 2017 müssen tadschikische Frauen landesübliche Kleidung tragen und die nationale Kultur befolgen. Allein in jenem Monat wurden 8.000 Musliminnen, die ein islamisches Kopftuch trugen, in der Öffentlichkeit von Staatsbediensteten angehalten und zurechtgewiesen. Viele wurden auch per Textnachricht daran erinnert, sich nicht zu verschleiern.³¹ Ebenfalls in dem Bestreben, fremde Einflüsse einzudämmen, wurden Imame, die ihre Ausbildung im Ausland erhalten hatten, im November 2017 durch „empfänglichere“ Geistliche ersetzt.³²

Des Weiteren machte im Berichtszeitraum das massive militärische Vorgehen des nationalistischen Regimes in Burma (Myanmar) gegen die Rohingya-Muslime Schlagzeilen. Im September 2017 und in den folgenden neun Monaten flohen nahezu 700.000 Menschen ins benachbarte Bangladesch, das bereits rund 200.000 Rohingya aufgenommen hatte.³³ Dieser Massenexodus war die Folge von „großangelegten Militäroffensiven“³⁴ in den Jahren 2016 und 2017, bei denen Berichten zufolge innerhalb von vier Monaten 354 Dörfer niedergebrannt wurden.³⁵ (Siehe Fallstudie – BURMA (MYANMAR): Massenflucht der Rohingya vor Gewalt, Vergewaltigung und Diskriminierung) Der UN-Hochkommissar für Menschenrechte bezeichnete die Krise als „Lehrbuchbeispiel für ethnische Säuberungen“.³⁶ Parallel dazu belegten Berichte eindeutig, dass zwar auch ethnische und politische Faktoren beteiligt waren, religiöser Hass jedoch im Zusammenhang mit der Gewalt gegen dieses Volk, das seit Jahrhunderten in Burma präsent ist, eine große Rolle spielte.

Ein bedeutender Unterschied lässt den Fall der Rohingya aus den anderen zuvor beschriebenen Beispielen für Ultranationalismus herausstechen: Die Rohingya erhielten beträchtliche – und durchaus angemessene – Medienaufmerksamkeit und Anteilnahme der internationalen Staatengemeinschaft, wohingegen die zuvor erwähnten Fälle kein vergleichbares Medieninteresse auf sich zogen. Natürlich unterscheiden sich die fraglichen Beispiele stark voneinander; trotzdem hat sich die Lage auch anderenorts dramatisch zugespielt (z. B. Häufigkeit und Schwere der Übergriffe in Indien, neuerliches Vorgehen

²⁴ Victoria Arnold, 'RUSSIA: Jehovah's Witnesses banned, property confiscated', *Forum 18*, 20. April 2017, http://www.forum18.org/archive.php?article_id=2274 (abgerufen am 24. Juni 2018)

²⁵ Patrick Kingsley, 'Turkey's Alevis, a Muslim Minority, Fear of Policy Denying Their Existence', 22. Juli 2018, <https://www.nytimes.com/2017/07/22/world/europe/alevi-minority-turkey-recep-tayyip-erdogan.html> (abgerufen am 24. Juni 2018).

²⁶ Bureau of Democracy, Human Rights and Labor, "Turkey", *International Religious Freedom Report for 2017*, US State Department, <https://www.state.gov/j/drl/rls/irf/religiousfreedom/index.htm#wrapper> (abgerufen am 24. Juni 2018).

²⁷ Turkey 'Where persecution comes from, Open Doors', <https://www.opendoorsusa.org/christian-persecution/world-watch-list/turkey/> (abgerufen am 24. Juni 2018).

²⁸ Claire Evans, 'State Rhetoric Increases Challenges Facing Turkish Christians', *Persecution – International Christian Concern*, 19. Juni 2018, <https://www.persecution.org/2018/06/19/state-rhetoric-increases-challenges-facing-turkish-christians/> (abgerufen am 24. Juni 2018).

²⁹ Report of the Commission of Inquiry on Human Rights in the Democratic People's Republic of Korea, United Nations Human Rights Council, <http://www.ohchr.org/EN/HRBodies/HRC/ColdPRK/Pages/ReportoftheCommissionofInquiryDPRK.aspx> (abgerufen am 9. Juni 2018).

³⁰ 'Gunman shoots Pakistan minister over blasphemy law', *World Watch Monitor*, 9. Mai 2018, <https://www.worldwatchmonitor.org/coe/gunman-shoots-pakistan-minister-over-blasphemy-law/> (abgerufen am 6. Juli 2018).

³¹ 'You've Got Veil: Millions Of Text Messages Remind Tajiks To Obey New Dress Code', *Radio Free Europe/Radio Liberty*, 6. September 2017, <https://www.rferl.org/a/tajikistan-text-messages-remind-obey-new-dress-code-hijab/28720266.html> (abgerufen am 6. Februar 2018).

³² 'Dushanbe cracks down on extremism, dismisses foreign-trained imams', *AsiaNews*, 8. November 2017, <http://www.asianews.it/news-en/Dushanbe-cracks-down-on-extremism,-dismisses-foreign-trained-imams-42270.html> (abgerufen am 28. Februar 2018).

³³ Bureau of Democracy, Human Rights and Labor, "Burma", *International Religious Freedom Report for 2017*, US State Department, <https://www.state.gov/j/drl/rls/irf/religiousfreedom/index.htm#wrapper> (abgerufen am 25. Juni 2018).

³⁴ Ben Rogers, Länderbericht Burma (Myanmar), *Religionsfreiheit weltweit 2018*, Kirche in Not, November 2018.

³⁵ Bureau of Democracy, Human Rights and Labor, "Burma", *International Religious Freedom Report for 2017*, US State Department, <https://www.state.gov/j/drl/rls/irf/religiousfreedom/index.htm#wrapper> (abgerufen am 25. Juni 2018).

³⁶ "Burma Chapter – 2018 Annual Report", US Commission on International Religious Freedom, <http://www.uscirf.gov/reports-briefs/annual-report-chapters-and-summaries/burma-chapter-2018-annual-report> (abgerufen am 25. Juni 2018).



FALLSTUDIE BURMA (MYANMAR)

MASSENFLUCHT DER ROHINGYA VOR GEWALT, VERGEWALTIGUNG UND DISKRIMINIERUNG

Oktober 2017: Nach Angaben des Hohen Flüchtlingskommissariats der Vereinten Nationen (UNHCR) sind innerhalb eines Zeitraums von drei Monaten über eine halbe Million Rohingya aus dem Norden des Rakhine-Staats über die burmesische Landesgrenze ins benachbarte Bangladesch geflohen. Die meisten Rohingya sind Muslime, einige allerdings auch Hindus.

Berichten zufolge starteten die Behörden eine Gegenoffensive, nachdem die Rebellengruppe *Arakan Rohingya Salvation Army* im August im Norden Rakhings über 30 Posten der Polizei angegriffen hatte. Das gewaltsame Vorgehen der Rebellen wurde von vielen Älteren der Rohingya-Gemeinschaft verurteilt. Burmesischen Quellen zufolge kamen im Zuge der Auseinandersetzungen nahezu 400 Aufständische und 13 Sicherheitskräfte ums Leben. Angehörige der Armee sollen daraufhin Zivilisten vergewaltigt und getötet sowie ganze Dörfer niedergebrannt haben.

In Myanmars Verfassung wird dem Buddhismus eine Sonderstellung eingeräumt; andere Religionen, darunter der Islam und der Hinduismus, sind offiziell anerkannt. Des Weiteren heißt es in der Verfassung: „Der Missbrauch von Religion für politische Zwecke ist verboten.“ Doch die Rohingya sind in Myanmar keine anerkannte Minderheit – und die offizielle Haltung des burmesischen Militärs ist, dass es sich bei den im Land lebenden Rohingya um illegale Einwanderer aus Bangladesch bzw. deren Nachkommen handelt.



Diverse Studien von Menschenrechtsorganisationen beleuchten das Ausmaß der Diskriminierung, die den Rohingya in Myanmar widerfährt: Die Verweigerung der Staatsbürgerschaft gehört ebenso dazu wie Heiratsauflagen. So kann die Erteilung einer Heiratserlaubnis bis zu zwei Jahren in Anspruch nehmen; Paare, die ohne Genehmigung heiraten, riskieren eine Verhaftung. Bei der Eheschließung müssen die Rohingya ein Dokument unterzeichnen, mit dem sie sich verbürgen, nicht mehr als zwei Kinder in die Welt zu setzen. Viele Rohingya besitzen keine Landrechte und werden routinemäßig zu Zwangsarbeiten verpflichtet: An einem Tag der Woche müssen sie ihre Arbeitskraft für Projekte der Militärs oder der Regierung zur Verfügung stellen; von Buddhisten wird dergleichen in der Regel nicht verlangt. Des Weiteren genießen die Rohingya keine Reisefreiheit. Viele wurden bei dem Versuch, das Land zu verlassen, von burmesischen Sicherheitskräften drangsaliert und verprügelt, bevor man sie schließlich ziehen ließ und dabei aufforderte, niemals zurückzukehren.

Quellen: Reuters, 7. & 22. September 2017; *All You Can Do is Pray: Crimes Against Humanity and Ethnic Cleansing of Rohingya Muslims in Burma's Arakan State* (Human Rights Watch, 2013); Allard K. Lowenstein International Human Rights Clinic, Yale Law School), *Persecution of the Rohingya Muslims: Is Genocide occurring in Myanmar's Rakhine State? A Legal Analysis* (Fortify Rights, Oktober 2015); Al Jazeera, 18. April 2018



NIEDERLAGE DER EXTREMISTEN LÄUTET WIEDERAUFBAU EINER STADT EIN

Juni 2018: Als Karakosch, die letzte irakische Stadt mit mehrheitlich christlicher Bevölkerung, im Jahr 2014 an den Islamischen Staat (IS) fiel, befürchteten viele, dass es für die Christen im Land keine Zukunft mehr gäbe. Doch im Juni 2018 waren nicht nur die militärischen Extremisten vertrieben worden – neue Zahlen belegten auch, dass nahezu jeder zweite Bewohner wieder in seine Stadt zurückgekehrt war.

Die Statistik, die das katholische Hilfswerk Kirche in Not (KIN) und das *Nineveh Reconstruction Committee* mit der Unterstützung lokaler Kirchengemeinden erstellt haben, zeigt auf, dass inzwischen 25.650 Christen nach Karakosch zurückgekehrt sind.

Darüber hinaus sind von den 6.826 beschädigten Wohnhäusern in Karakosch 2.187 (also beinahe ein Drittel) mit der Unterstützung von KIN und weiteren Organisationen wiederaufgebaut worden.

Einen Höhepunkt erreichte die Rückkehr der Familien im August 2017: Eltern waren bestrebt, ihren Kindern rechtzeitig einen Platz in der Schule zu sichern.

Die Instandsetzung der Schulen war in Karakosch deutlich besser vonstattengegangen als in den umliegenden Dörfern. So hatte Stephen Rasche von der chaldäisch-katholischen Erzdiözese von Erbil im Rahmen einer Anhörung im US-Repräsentantenhaus berichtet, dass die sogenannten „fertiggestellten“ Schulen in den mehrheitlich christlichen Ortschaften Teleskov und Batnaya unbenutzbar seien, da sie lediglich „einen dünnen Farbanstrich auf der Außenfassade, mit frisch eingestanzten UNICEF-Logos alle zehn Meter“ erhalten hätten.

Bezüglich der Sanierungsmaßnahmen in Karakosch und anderenorts betonte Pater Andrzej Kalemba, KIN-Projektkoordinator für den Nahen Osten, auch die zu bewältigenden Herausforderungen: „Neben dem materiellen Aufbau von Häusern und Kirchen gibt es in diesen Ländern noch etwas ganz Wesentliches zu reparieren: das Zusammenleben. Damit dies geschehen kann, müssen Christen und Muslime zusammenarbeiten, um den Irak zu einer geeinten Nation zu machen, die sich aus der Asche erheben kann, die der IS hinterlassen hat.“

Quellen: ACN News, 21. August 2017; *Washington Free Beacon*, 4. Oktober 2017; *Hope on the Horizon: Can Iraq's Christians go home?* ACN (UK) benefactor report (März 2017); zusätzliche Informationen vom Nineveh Reconstruction Committee (<https://www.nrciraq.org/>).

gegen religiöse Minderheiten in China und Russland) – und hier war die Berichterstattung unzureichend. Ein Video, das im Internet die Runde machte, in dem ein einflussreicher Hindu-Nationalist Christen auffordert, freiwillig zu gehen oder aber „gewaltsam vertrieben“ zu werden,³⁷ wurde von einem führenden katholischen Magazin als „am wenigsten beachtete Story der Woche“ bezeichnet; der Film zeigt außerdem, wie der radikale Geistliche und 20 seiner Anhänger auf Plakaten mit dem Konterfei von Papst Franziskus herumtrampeln.³⁸ Die Folgen dieser augenscheinlichen internationalen Gleichgültigkeit können gar nicht überschätzt werden, denn dieses „Wegschauen“ trägt aktiv zu dem Problem bei, dass nämlich nur wenig – wenn überhaupt etwas – unternommen wird, um die verantwortlichen Regierungen zur Verantwortung zu ziehen. Derartige Vorfälle führen uns das Entstehen einer kulturellen Kluft vor Augen: Auf der einen Seite der Westen, in dem Unwissenheit sowie mangelndes Problembewusstsein bezüglich der Verletzungen der Religionsfreiheit vorherrschen – und auf der anderen Seite Asien und andere Teile der Welt, in denen Fragen der Religion eine zentrale und überaus wichtige Rolle spielen. Diese Kluft ist bereits so ausgeprägt, dass wir von einer Barriere der Gleichgültigkeit sprechen können, einem kulturellen „Vorhang“, hinter dem das Leid ganzer Gemeinschaften größtenteils verborgen bleibt. Infolgedessen kann man sagen, dass der Westen – mit einigen beachtlichen Ausnahmen – einem religiösen „Analphabetismus“ und einer Apathie anheimgefallen ist, die ihn blind für den Anstieg ultranationalistischer Gewalt gegen religiöse Minderheiten machen. Diese scheuklappenbewehrte Indifferenz erstreckt sich allerdings nicht auf rassische, kulturelle oder Geschlechterfragen, sondern einzig auf Religion. Daher soll dieser Bericht auch als Aufruf verstanden werden, das Leid der ignorierten religiösen Minderheiten anzuerkennen und Maßnahmen zur Verteidigung ihrer Rechte zu ergreifen.

Trotz allem gab es im Beobachtungszeitraum auch einige Hoffnungsschimmer. Mitte des Jahres 2018 entwickelte sich die Lage im Nordirak etwa auf eine Weise, wie es selbst die größten Optimisten unter den Betroffenen mit ziemlicher Sicherheit noch vor zwei Jahren nicht zu hoffen gewagt hätten. So sind mit Stand Juni 2018 Berichten zufolge 25.650 Christen in die Stadt Karakosch in der Ninive-Ebene zurückgekehrt.³⁹ Dies sind nahezu 50% der Gesamtbevölkerung, die 2014 in der Stadt lebte, bevor die Menschen vor den Truppen des Islamischen Staates (IS) die Flucht ergriffen, die damals aus dem nahe gelegenen Mosul (der zweitgrößten Stadt des Irak) ausschwärmt. (Siehe Fallstudie – IRAK: Niederlage der Extremisten läutet Wiederaufbau einer Stadt ein) Zu Beginn des Berichtszeitraums (Mitte 2016) gab es noch keine unmittelbaren Anzeichen für ein Ende der IS-Besetzung der Region. Und als die Kämpfer Monate später vertrieben worden waren, war das Ausmaß der Verwüstung, die sie hinterlassen hatten, so groß, dass der Wunsch nach Rückkehr unter den vertriebenen Gemeinschaften, die in Erbil (Nordiraks semiautonomer kurdischer Hauptstadt) Zuflucht gefunden hatten, zunächst so gut wie nicht vorhanden war.⁴⁰ Zwar ist die Rückkehrerquote für Karakosch im Vergleich zu ähnlich betroffenen benachbarten Städten und Dörfern überdurchschnittlich hoch, doch kann die Bedeutung Karakoschs als größte Stadt mit christlicher Mehrheit im Irak gar nicht genug betont werden. Und

auch in die jesidischen und christlichen Städte und Dörfer der näheren Umgebung, z. B. Bartela, Karamles und Teleskov, sind mittlerweile viele Vertriebene zurückgekehrt und haben die Häuser bezogen, die von kirchlichen Organisationen und einigen wenigen wohlwollenden ausländischen Regierungen wiederinstandgesetzt oder neu aufgebaut wurden.⁴¹ Die Sanierungsarbeiten wurden vor allem von karitativen und kirchlichen Einrichtungen getragen: Hätten sie diese Unterstützung nicht geleistet, wäre die christliche Gemeinschaft in der Region womöglich verschwunden. Westliche Staaten, an die Appelle mit der dringenden Bitte um Unterstützung gerichtet wurden, haben die betroffenen Gemeinschaften schmählich im Stich gelassen – obwohl die Christen und Jesiden als Genozid-Opfer (und damit selbstverständlich als auf Hilfe angewiesene) anerkannt wurden.

Die rasche Rückgabe von Territorien, die der IS erobert hatte – nicht nur im Irak, sondern auch in Syrien – fand seine Entsprechungen in ähnlichen Verlusten, die andere hyperextremistische⁴² Gruppen zu verzeichnen hatten, darunter *Boko Haram* im Norden Nigerias. Hier hat die Terrormiliz nicht nur den Großteil ihres Territoriums eingebüßt, sondern musste sich auch in ihrer Heimat Maiduguri im Nordosten des Landes weitgehend geschlagen geben.

Insgesamt betrachtet kann die Wiedergewinnung nahezu sämtlicher Gebiete, die von hyperextremistischen Gruppierungen besetzt worden waren, als Sieg für die Religionsfreiheit gewertet werden. Dieser Entwicklung von internationaler Tragweite wurde in den Medien auch in angemessenem Umfang Rechnung getragen, wie die Berichterstattung zur Befreiung Marawis auf den Philippinen aus den Händen des IS im Oktober 2017 zeigt. (Siehe Fallstudie – PHILIPPINEN: Priester und Mitarbeiter der Kathedrale entführt). Gleichwohl kommt der Bericht *Religionsfreiheit weltweit 2018* zu dem Ergebnis, dass die Nachrichtenagenturen den Anstieg religiöser Gewalt übergangen haben, die durch andere militante Islamisten begangen wurde (die das von den Hyperextremisten hinterlassene „Vakuum“ zumindest teilweise gefüllt haben). Dies trifft zweifelsohne auf Ägypten zu, wo koptische Christen auch weiterhin im Visier der Extremisten sind. (Siehe Fallstudie – ÄGYPTEN: Extremisten töten 29 koptische Pilger). In Nigerias sogenanntem „Mittleren Gürtel“ plünderten militante Fulani-Hirten christliche Gemeinschaften aus, richteten Massaker an, zerstörten die Lebensgrundlage der Menschen und ließen Unzählige in Furcht um ihr Leben zurück. Im Mittelpunkt der Gewalt der Fulani standen die verzweifelten Bemühungen der Hirten, „Ackerflächen [...] zu konfiszieren“,⁴³ um dort ihr Vieh weiden zu lassen. Dabei spielten zweifellos auch ethnische Aspekte, die das Hirtenvolk von Christen und anderen Gemeinschaften unterscheiden, eine Rolle. Doch die konkreten Gewaltakte – darunter Anschläge auf Christen, die sich zum Gebet versammelt hatten – legen nahe, dass auch eine starke religiöse Motivation vorhanden war. (Siehe Fallstudie – NIGERIA: Katholiken während der Messe von Kämpfern ermordet) In diesem Zusammenhang tritt erneut eine zentrale Erkenntnis dieses Berichts zutage, nämlich das Versagen der internationalen Gemeinschaft dabei, die Ausmaße des Problems zu erkennen – ein Dilemma, das durch die Untätigkeit der Behörden in den betroffenen Ländern noch verstärkt wird. In Nigeria war die Lage so ernst, dass die Bischöfe den Staats-

³⁷ Linda Lowry, 'Hindu leader demands all Christians leave India in publicised video', *Open Doors*, 1. Juni 2018, <https://www.opendoorsusa.org/christian-persecution/stories/hindu-leader-demands-all-christians-leave-india-in-publicized-video/> (abgerufen am 1. Juni 2018).

³⁸ *Catholic Herald*, 15. Juni 2018, S. 6.

³⁹ Rev'd Dr Andrzej Halemba, 'Church properties interim report' – ACN Nineveh Plains projects update, *Aid to the Church in Need*, 9. Juni 2018.

⁴⁰ John Pontifex, 'Iraqi Christians start journey home to their ancient homeland', *The Times*, 7. Oktober 2017, <https://www.thetimes.co.uk/article/iraqi-christians-start-journey-home-to-their-ancient-heartland-d3wl62xj> (abgerufen am 25. Juni 2018).

⁴¹ 'Nineveh Plains Reconstruction Process', Nineveh Reconstruction Committee (NRC), <https://www.nrciraq.org/reconstruction-process/> (abgerufen am 25. Juni 2018).

⁴² Siehe Kirche in Not, Bericht *Religionsfreiheit weltweit 2016*, „Ein Überblick“.

⁴³ Murcadha O Flaherty and John Pontifex, 'NIGERIA: Fears of „jihadist crusade“ deepen after Christians are shot dead', ACN UK News, 13. April 2018, <https://acnuk.org/news/64284/> (abgerufen am 11. Juli 2018).





PRIESTER UND MITARBEITER DER KATHEDRALE ENTFÜHRT

Mai 2017: Militante islamistische Extremisten entführen den Generalvikar von Marawi, Pater Teresito „Chito“ Soganob, und Mitarbeiter der Sankt-Marien-Kathedrale.

Die St.-Marien-Kathedrale wurde von den Extremisten – die sich selbst bei der Schändung des Gotteshauses filmten – schwer beschädigt.

Die Gefangennahme Pater Soganobs ereignete sich zu Beginn der Belagerung von Marawi, die bis zum Oktober 2017 andauerte. Die mit dem Islamischen Staat (IS) verbundene *Maute*-Miliz spielte eine tragende Rolle in dem Konflikt, an dem auch weitere Dschihadisten beteiligt waren.

Während seiner viermonatigen Geiselhaft wurde Pater Soganob Zeuge der Enthauptung eines christlichen Mitgefangenen. Die Rebellen zwangen den Priester und weitere Geiseln, zum Islam überzutreten und während der Belagerung ihre Waffen zu transportieren. Nach der Befreiung von Pater Soganob und anderen Entführungsopfern sagte Bischof Edwin de la Peña von Marawi, dass es sich in ihrem Fall nicht um eine „vollständige Konversion“ handele, da sie unter Zwang erfolgt sei. Am Ende der Besetzung Marawis durch die *Maute* belief sich die Zahl der Todesopfer auf 974 Rebellen, 168 staatliche Bedienstete und 87 Zivilisten. Des Weiteren wurden während dieser längsten urbanen Schlacht auf den Philippinen seit dem Zweiten Weltkrieg Tausende Familien vertrieben.

Bischof de la Peña zufolge hat die Belagerung Marawis durch die *Maute* die muslimische Gemeinschaft vor Ort gespalten. Einige Muslime hätten den Extremisten getrotzt und Christen Unterschlupf gewährt. Infolge der gewalttätigen Auseinandersetzungen, so der Bischof, sei die Priorität der Kirche nun, in der Stadt das Vertrauen wiederherzustellen. Zu den Maßnahmen, mit denen die Beziehungen zwischen den Glaubensgemeinschaften gekittet werden sollen, gehören Nothilfe für Vertriebene, Unterstützungsangebote für Binnenflüchtlinge durch Besuche von Universitätsstudenten sowie ein neues Rehabilitationszentrum für christliche und muslimische Entführungsopfer der Extremisten.

Quellen: Aid to the Church in Need (UK) News, 19. April 2018; Philippine Daily Inquirer, 4. Juli 2017; Asia News, 13. Januar 2018.



Family and friends grieve for the Coptic Christian pilgrims killed by Daesh in Minya Province



FALLSTUDIE ÄGYPTEN

EXTREMISTEN TÖTEN 29 KOPTISCHE PILGER

Mai 2017: Islamistische Kämpfer erschießen 29 koptische Christen (darunter auch Kinder), als sie sich weigern, zum Islam überzutreten.

Die Pilger waren auf dem Weg zum Kloster des Heiligen Samuel des Bekenners in Maghaga im ägyptischen Gouvernement al-Minya, als ihre Fahrzeuge von maskierten Schützen gestoppt wurden. Die Extremisten befahlen den Pilgern, nacheinander aus ihren Fahrzeugen auszusteigen, und verlangten daraufhin, dass sie ihrem Glauben abschwören sollten.

Der zehnjährige Mina Habib musste mitansehen, wie sein Vater und viele andere Menschen, die mit ihnen im selben Lastwagen gereist waren, von den Islamisten erschossen wurden: „Sie haben meinen Vater nach seinen Ausweispapieren gefragt. Dann sollte er das muslimische Glaubensbekenntnis aufsagen. Er hat sich geweigert und gesagt, er sei Christ. Sie haben ihn erschossen – und alle anderen, die bei uns waren.“ Mina und sein Bruder wissen nicht, warum man ihr Leben verschonte, denn viele andere Kinder aus der Pilgergruppe wurden ebenfalls getötet.

Der Islamische Staat (IS) bekannte sich zu dem Anschlag. Mina sagte gegenüber der Nachrichtenagentur Reuters, dass rund 15 Schützen für das Blutbad verantwortlich gewesen seien. Er berichtete: „Sie hatten einen ägyptischen Akzent wie wir, und alle bis auf zwei waren vermummt [...] Sie sahen aus wie wir und hatten keine Bärte.“

Anschläge militanter Islamisten haben sich in Ägypten nicht auf Christen beschränkt. Am 24. November 2017, einem Freitag, kamen nahe der Sinai-Küste mindestens 235 Menschen ums Leben, als rund 25 Terroristen Sprengsätze zündeten und in einer gut besuchten Sufi-Moschee während der Gebetsstunde um sich schossen. Zu diesem Anschlag hat sich keine bestimmte Gruppe offiziell bekannt, doch Augenzeugenberichten zufolge schwenkte ein Täter während des Attentats eine IS-Flagge.

Quellen: *The National* (UAE), 26. Mai 2017; *Reuters*, 20. Juni 2017.



KATHOLIKEN WÄHREND DER MESSE VON KÄMPFERN ERMORDET

April 2018: Zwei Priester und 17 Gemeindemitglieder kommen ums Leben, als militante Islamisten aus dem Fulani-Hirtenvolk in der Diözese Makurdi, die in Nigerias sogenanntem „Mittleren Gürtel“ liegt, eine Kirche stürmen, während dort die Messe gefeiert wird.

Pater Joseph Gor und Pater Felix Tyolaha waren unter den Opfern des Anschlags, den die Fulani auf die St.-Ignatius-Kirche in Ukpom-Bakib (Bundesstaat Benue) auf die Frühmesse verübt.

Der Gouverneur von Benue, Samule Ortom, sagte anlässlich einer Gedenkfeier für die Opfer am 22. Mai, dass die Welle der Fulani-Anschläge allein in seinem Bundesstaat bereits 492 Menschenleben gefordert habe.

In diversen Studien dieses Gewaltphänomens werden vor allem ethnische Differenzen zwischen Christen und den Fulani sowie Streitigkeiten hervorgehoben, die Weideland für das Vieh des Hirtenvolks betreffen, doch offenbar spielt auch die Religion eine zunehmend wichtige Rolle.

Pater Alexander Yeyock, Gemeindepfarrer der St.-Johannes-Kirche in Asso, sagte nach Anschlägen der Fulani in der Karwoche 2018, bei denen zwei Mitglieder seiner Gemeinde getötet wurden: „Das Attentat hat zwei Dimensionen. Die erste ist die Islamisierung der christlichen Gemeinschaft. Die zweite Dimension ist, dass die Fulani-Hirten unsere Ackerflächen konfiszieren wollen, um sie als Weideland zu nutzen.“

Der Bischof von Makurdi, Wilfred Chikpa Anagbe, sagte gegenüber Kirche in Not: „Es gibt eine klare Agenda, einen Plan, alle Gebiete im [...] Mittleren Gürtel zu islamisieren, die zurzeit überwiegend christlich geprägt sind.“

Nigerias Bischöfe veröffentlichten eine scharf formulierte Stellungnahme, in der sie die Anschläge verurteilen und erneut einen Aufruf an die föderale Regierung richteten, Maßnahmen zum Schutz von Menschenleben zu ergreifen.

Quellen: Aid to the Church in Need (UK) News, 13. April 2018, 21. Mai 2018, Gouverneur Samuel Orton, Katholische Bischofskonferenz von Nigeria, 26. April 2018

präsidenten aufforderten, „einen Rücktritt in Erwägung zu ziehen“ angesichts einer Situation, in der die „Sicherheitsbehörden bewusst ihre Augen verschließen vor den Schreien [...] unbewaffneter Bürger, die in ihren Wohnungen [...] und sogar in ihren heiligen Gotteshäusern leichte Beute bleiben“.⁴⁴ Ein Bischof richtete einen eindringlichen Appell an die internationale Gemeinschaft: „Bitte macht nicht denselben Fehler, der beim Völkermord in Ruanda begangen wurde.“⁴⁵

Die Ereignisse in Nigeria deuten nicht nur auf ein neuerliches Aufflammen islamistischer Gewalt hin, sondern auch auf konzertierte Bemühungen, den Extremismus mit aggressiven Mitteln zu verbreiten. In Somalia haben die Islamisten der al-Shabaab-Miliz in den von ihnen kontrollierten Gebieten Maßnahmen eingeführt, die schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen darstellen, darunter Steinigungen.⁴⁶ In Niger sind zahlreiche wahhabitische Zentren entstanden.⁴⁷ Nigerias Brennpunkt der Gewalt, der „Mittlere Gürtel“, ist überwiegend christlich geprägt, und Menschenrechtsbeobachter haben bereits Andeutungen gemacht, dass die militärischen Aktionen in der Region die Durchsetzung eines wahhabitischen Islam zum Ziel haben könnten. Führende Kirchenvertreter bezeichneten die Angreifer als „importierte Dschihadisten, die sich als Hirten verkleiden und von Leuten aus bestimmten Kreisen gesponsert werden, die eine [islamistische] Agenda durchsetzen wollen“.⁴⁸ Dies würde zum Beispiel durch den raschen Übergang von der Bewaffnung mit Pfeil und Bogen zur Ausstattung mit Kalaschnikows und weiterem Hightech-Arsenal belegt, so einige Kommentatoren. Der Vize-Vorsitzende der Christlichen Vereinigung Nigerias, Rev. Otuekong Ukot, ging sogar noch weiter: Er brachte Teile der Regierung mit der Gewalt in Verbindung und sagte, die Extremisten streben eine Islamisierung des gesamten Landes bis zum Jahr 2025 an. Die Gemetzel im Mittleren Gürtel seien ein Anzeichen dafür, dass die Kämpfer „nun auch in andere Teile Nigerias vordringen, um ihr Ziel zu erreichen“.⁴⁹

In anderen Teilen Afrikas mögen derartige islamistische Expansionsbestrebungen zwar nicht so aggressiv verlaufen sein, waren jedoch nicht weniger ehrgeizig. Berichte deuten auf eine Vielzahl von Initiativen hin, mit denen eine islamistische Übernahme angestrebt wird. Dazu gehört die Zahlung von Bestechungsgeldern an Menschen, wenn sie konvertieren und sich der Sache der Extremisten anschließen; das Angebot von kostenfreien Kursen, die in den Wahhabismus und andere radikale Bewegungen einführen; und der Massenneubau von Moscheen – unabhängig von der tatsächlichen Nachfrage. In Madagaskar, einem überwiegend christlichen Land, hat Kardinal Désiré Tzarahazana von Toamasina auf einen radikalen Wandel hingewiesen: Er machte darauf aufmerksam, dass der „extremistische Islam“ nach Madagaskar importiert werde und radikale Gruppen die Menschen „gekauft“ hätten; er erwähnte Pläne zum Bau von über

2.600 Moscheen im Land. Der Kardinal, der auch der Katholischen Bischofskonferenz von Madagaskar vorsteht, machte dabei deutlich, dass es sich nicht um einen im Land gewachsenen Wandel hin zum Islamismus handele, sondern dass dies die Arbeit radikaler Gruppen aus dem Ausland sei. In einem Interview mit Kirche in Not sagte er: „Das Erstarken des Islamismus ist greifbar. Man kann es überall sehen. Es ist eine Invasion, mit Geld aus den Golfstaaten und aus Pakistan – sie kaufen die Leute.“⁵⁰

Ein wichtiges Ergebnis der Forschungen zum militärischen Islam betrifft das Ausmaß, in dem Frauen Gewalt angetan wird – und zwar im Zuge eines Prozesses der Zwangskonversion. Demnach hat es unter der Herrschaft des IS und anderer hyperextremistischer Gruppierungen systematische Bemühungen gegeben, die Bevölkerungsstruktur zu verändern. So hat sich der IS daran gemacht, nichtmuslimische Frauen zur Konversion und zur Heirat mit Anhängern der Terrormiliz zu zwingen, damit mehr Kinder entsprechend der vom IS propagierten Version des Islam heranwachsen. Auch in anderen weniger extremen Kontexten wurde regelmäßig über Fälle von Muslimen berichtet, die Kinder mit Frauen zeugten, die sie zuvor entführt, zwangskonvertiert und dann geheiratet hatten. Bei letzterem Szenario waren die Motive im Gegensatz zum erstgenannten Beispiel allerdings nicht unbedingt rein religiöser Natur. (Siehe **Hintergrundinformationen – Sexuelle Gewalt und Zwangskonversionen von Frauen – i) Nigeria, Syrien und Irak & ii) Ägypten und Pakistan**)

Der Bericht *Religionsfreiheit weltweit 2018* kommt zu dem Ergebnis, dass die Militanz gewisser Kreise innerhalb der muslimischen Gemeinschaft keineswegs nur für Menschen eine Gefahr darstellt, die sich nicht zum Islam bekennen. Vieles deutet darauf hin, dass die Spannungen und Gewalttaten einen wachsenden Konflikt innerhalb des Islam widerspiegeln, bei dem im Rahmen von Expansions- und Dominanzbestrebungen Sunnitnen und Schiiten gegeneinander ausgespielt werden. Ein Gelehrter hat dieses Dilemma als den „tödlichsten und unlösbarsten Konflikt im Nahen Osten“ bezeichnet, der die Muslime entzweie.⁵¹ Bis zu welchem Grad dieser Konflikt auf Fragen des religiösen Dogmas zurückzuführen ist – darüber ließe sich freilich debattieren. Viele Experten haben in diesem Zusammenhang auf wirtschaftliche und politische Ausbeutung hingewiesen und sind zu dem Schluss gekommen: „Es waren keine theologischen Differenzen, die zu dem jüngsten Blutvergießen geführt haben.“⁵² Durch den sich ausweitenden Machtkampf zwischen dem sunnitischen und dem schiitischen Block – und ihren internationalen Verbündeten – wird der Konflikt allerdings ohne Frage noch intensiviert. (Siehe **Fallstudie – AFGHANISTAN: Sprengstoffanschläge sunnitischer Extremisten auf schiitische Muslime**)

⁴⁴ Murcadha O Flaherty and John Pontifex, ‘NIGERIA: Bishops – President should resign for inaction over “killing fields and mass graveyard”’, ACN UK News, 30. April 2018, <https://acnuk.org/news/bishops-president-should-resign-for-inaction-over-nigerias-killing-fields-and-mass-graveyard/> (abgerufen am 25. Juni 2018).

⁴⁵ Murcadha O Flaherty, ‘NIGERIA: Bishop – Threat of genocide against Christians’, ACN UK News, 28. Juni 2018, <https://acnuk.org/news/nigeria-bishop-threat-of-genocide-against-christians/> (abgerufen am 6. Juli 2018).

⁴⁶ ‘Somalia’s al Shabaab stones woman to death for cheating on husband’, Reuters, 26. Oktober 2017, <https://www.reuters.com/article/us-somalia-violence/somalias-al-shabaab-stones-woman-to-death-for-cheating-on-husband-idUSKBN1CV302>, (abgerufen am 12. Mai 2018); ‘Somali woman ‘with 11 husbands’ stoned to death by al-Shabab’, BBC, 9. Mai 2018, <http://www.bbc.com/news/world-africa-4405536> (abgerufen am 12. Mai 2018).

⁴⁷ Bureau of Democracy, Human Rights and Labor, ‘Niger’, International Religious Freedom Report for 2016, US State Department, <https://www.state.gov/j/drl/rls/irf/religiousfreedom/index.htm#WRAPPER> (abgerufen am 31. März 2018).

⁴⁸ ‘Fulani Herdsman Are Imported Jihadists Sponsored To Islamise Nigeria – Bishop Oyedepo Warns’, NaijaGists.com, 27. Juli 2017, <https://naijagists.com/fulani-herdsman-imported-jihadists-sponsored-islamise-nigeria-bishop-oyedepo-warns/> (abgerufen am 7. Juli 2018).

⁴⁹ Emeka Okafor, ‘We Have Uncovered Plans to Islamise Nigeria By 2025 – CAN’, Independent [Nigeria], 8. Mai 2018, <https://independent.ng/we-have-uncovered-plans-to-islamise-nigeria-by-2025-can/> (abgerufen am 7. Juli 2018).

⁵⁰ Murcadha O Flaherty and Amélie de la Hougue, ACN News, 15. Juni 2018 ‘New Cardinal highlights threat of ‘extremist Islam’ from abroad’ <https://acnuk.org/news/madagascar-new-cardinal-highlights-threat-of-extremist-islam-from-abroad/> (abgerufen am 25. Juni 2018).

⁵¹ Dr Mordechai Kedar, ‘The Most Deadly Middle East Conflict is Shia vs. Sunni’, Arutz Sheva, 21. November 2013, www.israelnationalnews.com/Articles/Article.aspx/14132 (abgerufen am 7. Juli 2018)

⁵² John McHugo, ‘Don’t blame the faith: it’s the politics,’ The Tablet, 7. Juli 2018, S. 4-6.

HINTERGRUNDINFORMATION

Sexuelle Gewalt und Zwangskonversion von Frauen – i) Nigeria, Syrien und Irak

Von Marta Petrosillo, Leiterin Kommunikation, ACN Italien

Militante Islamistengruppen in Afrika und im Nahen Osten setzen Vergewaltigungen häufig als Kriegswaffe ein. Systematische sexuelle Gewalt kann ein mächtiges Werkzeug sein, wenn eine Gruppe versucht, eine andere zu unterdrücken.

Viele Dschihadisten vergewaltigen nichtmuslimische Frauen und zwingen sie zu konvertieren. Die Zwangskonversion einer Frau aus einer anderen Religionsgemeinschaft hat zur Folge, dass ihre Kinder nach den Grundsätzen des extremistischen Islam der Dschihadisten erzogen werden. Darüber hinaus verhindern die Aggressoren durch die sexuelle Versklavung von Frauen die Geburt von Kindern in deren ursprünglichen Religionsgemeinschaften.¹

Erzwungene Schwangerschaften und Konversionen sind darüber hinaus ein Mittel, um den Nachwuchs für die „nächste Dschihadistengeneration“ zu sichern. In einer im Dezember 2014 veröffentlichten Broschüre setzt der IS seinen Anhängern auseinander, dass es „zulässig“ sei, mit nichtmuslimischen Sklavinnen – darunter auch jungen Mädchen – Geschlechtsverkehr zu haben, sie zu schlagen und Handel mit ihnen zu treiben.² Dies liefert in gewisser Weise eine Erklärung für das Schicksal, das Tausenden Frauen, die den Jesiden und

anderen religiösen Minderheiten angehörten, unter dem sogenannten Kalifat widerfuhr, das der IS in Irak und Syrien errichtet hatte.

Im Norden Nigerias hat die mit dem IS verbundene Terrorgruppe *Boko Haram* die Entführung christlicher Frauen unter anderem als Druckmittel benutzt, um die Christen dazu zu bringen, den Landstrich zu verlassen. Mit den Worten eines *Boko-Haram*-Sprechers: „Wir werden neue Anstrengungen unternehmen, um die Christen zu lehren, die Macht des Islam zu fürchten, indem wir ihre Frauen entführen.“³ Nach Angaben von Makmid Kamara von Amnesty International werden die Geiseln von *Boko Haram* oft „entsetzlichem Missbrauch“ ausgesetzt, darunter Vergewaltigungen.⁴

Der bekannteste Fall ist die Entführung von 276 Schülerinnen (überwiegend Christinnen), die in der Nacht vom 14. auf den 15. April 2014 aus der staatlichen Sekundarschule in Chibok im Bundesstaat Borno verschleppt wurden. Viele nichtmuslimische Schülerinnen wurden gezwungen, zum Islam überzutreten und Mitglieder von *Boko Haram* zu heiraten. Am 5. Mai 2014 veröffentlichte die Terrorgruppe ein Video, in dem einige der Mädchen in islamischen Kleidern zu sehen waren. In den folgenden Jahren gelang einigen Mädchen die Flucht, während andere infolge von Verhandlungen freigelassen wurden: Bisher haben mehr als 100 die Freiheit wiedererlangt; 82 Geiseln wurden im Mai 2017 gegen fünf *Boko-Haram*-Kämpfer ausgetauscht. In einem UN-Bericht heißt es: „Die Mädchen berichten, dass sie während ihrer Gefangenschaft vergewaltigt wurden – häufig im Rahmen von erzwungenen ‚Eheschließungen‘ – und dass man sie verprügelte, einschüchterte und hungrig ließ. Viele sind schwanger zurückgekehrt oder mit Babys, die das Ergebnis einer Vergewaltigung sind.“⁵



¹ Cf. Übereinkommen über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes, Artikel 2.

² Hala Jaber, „Isis issues guide to raping child slaves“, Sunday Times, 14. Dezember 2014, <https://www.thetimes.co.uk/article/isis-issues-guide-to-raping-child-slaves-zdq0mf95scb> (abgerufen am 1. August 2018).

³ „Boko Haram threatens to kidnap Christian women in Nigeria“, Barnabus Fund, 9. März 2012, <https://www.barnabasfund.org/en/news/BokoHaram-threatens-to-kidnap-Christian-women-in-Nigeria> (abgerufen am 31. Juli 2018)

⁴ „Nigeria: Chibok anniversary a chilling reminder of Boko Haram's ongoing scourge of abductions“, Amnesty International, 13. April 2017, <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2017/04/nigeria-chibok-anniversary-a-chilling-reminder-of-boko-harams-ongoing-scourge-of-abductions/> (abgerufen am 1. August 2018).

⁵ „Girls held by Boko Haram need support to rebuild shattered lives“, UNICEF Nigeria Media Centre, 18. Oktober 2016, https://www.unicef.org/nigeria/media_10782.html (abgerufen am 31. Juli 2018).



Foto: Massoud Hossaini/AP Photo/Shutterstock

FALLSTUDIE AFGHANISTAN

SPRENGSTOFFANSCHLÄGE SUNNITISCHER EXTREMISTEN AUF SCHIITISCHE MUSLIME

April 2018: Ein Selbstmordattentäter der Terrororganisation Islamischer Staat (IS) sprengte sich in der Hauptstadt Kabul vor einem Wählerregistrierungszentrum in die Luft, wo sich schiitische Muslime versammelt hatten.

Bei dem Attentat kamen mindestens 57 Menschen ums Leben (darunter 22 Frauen und acht Kinder), mehr als 100 weitere wurden verletzt. Am selben Tag wurden alle Mitglieder einer sechsköpfigen Familie getötet, als ihr Fahrzeug in der Nähe eines weiteren Wählerzentrums in Pul-e Khumri (Provinz Baghlan) mit einer am Straßenrand deponierten Bombe in Berührung kam.

In einer UN-Stellungnahme wurde der Anschlag in Kabul verurteilt und bestätigt, dass es in mehreren Registrierungszentren gewaltsame Zwischenfälle gegeben hatte und der Selbstmordanschlag in dem überwiegend von Schiiten bewohnten Viertel Dasht-e Barchi im Westen der Hauptstadt begangen worden war. Der afghanische Staatspräsident Aschraf Ghani twitterte: „Ich verurteile die abscheulichen Anschläge in Kabul und Pul-e Khumri.“

Es war das jüngste Attentat einer langen Serie von Anschlägen, die sunnitische Kämpfer auf die Schiiten in Afghanistan verübt haben. Ende Dezember 2017 waren bei einem Selbstmordattentat auf ein schiitisches Zentrum in Kabul mindestens 41 Menschen getötet und mehr als 80 verletzt worden.

Derartige Anschläge beschränken sich jedoch nicht auf Afghanistan oder den Nahen Osten. Im pakistanischen Quetta, das ebenfalls Ziel einer Serie von Anschlägen sunnitischer Kämpfer auf Schiiten war, wurden im Oktober 2017 fünf Mitglieder der schiitischen Hazara-Gemeinschaft von unbekannten Tätern aus einem vorbeifahrenden Fahrzeug erschossen. Die Attentatswelle hat dazu geführt, dass sich die Gemeinschaft in zwei stark geschützte Enklaven am Stadtrand zurückgezogen hat.

Quellen: US News, 22. April 2018; ABC 7NY News, 22. April 2018; Al Jazeera, 22. April 2018, 9. Oktober 2017; BBC News (web), 28. Dezember 2017; New English Review, 11. Mai 2018; UN Assistance Mission in Afghanistan, 22. April 2018; Telegraph, 22. April 2018; France 24, 22. April 2018.

HINTERGRUNDINFORMATION

Sexuelle Gewalt und Zwangskonversion von Frauen – ii) Ägypten und Pakistan

Von Marta Petrosillo, Leiterin Kommunikation, ACN Italien

Die Entführung und Zwangskonversion von Frauen aus religiösen Minderheiten – oft begleitet von Vergewaltigungen und anderen Formen sexueller Gewalt – ist ein großes Problem in einer Reihe von Ländern, in denen die Menschenrechtslage besonders besorgniserregend ist. Dazu gehören vor allem Pakistan und Ägypten. Derartige Entführungen folgen keinem festen Muster: Manche sind Gelegenheitstaten, andere wiederum werden von organisierten Gruppen durchgeführt. Häufig stehen nicht zwingend religiöse Motive dahinter, sondern eine Kombination mehrerer Faktoren; in einigen Fällen geht es den Tätern auch um Geld.

Nach Schätzungen von lokalen Nichtregierungsorganisationen werden in Pakistan jedes Jahr mindestens 1.000 Frauen christlichen und hinduistischen Glaubens entführt und gezwungen, zum Islam zu konvertieren und ihren Aggressor zu heiraten. In Ägypten verschwanden zwischen 2011 und 2014 mindestens 550 Christinnen im Alter von 14 bis 40 Jahren¹ – und auch heute kommt es weiterhin regelmäßig zu Entführungen von Mädchen.

Pakistan

Nach Informationen der *Human Rights Commission of Pakistan* (pakistانية Menschenrechtskommission) und der *Movement for Solidarity and Peace in Pakistan* (Bewegung für Solidarität und Frieden) nimmt die Zahl der Entführungen von Frauen im Land zu. Den betroffenen Eltern berichten die Behörden häufig, dass ihre Tochter aus freien Stücken konvertiert und eine Ehe eingegangen sei. Viele Familien zeigen derartige

Verbrechen nicht an – oder ziehen die Anzeige zurück, nachdem sie Drohungen gegen andere weibliche Familienmitglieder erhalten haben.

Ende Dezember 2017 wurde ein 14-jähriges Hindu-Mädchen aus ihrem Elternhaus im Dorf Thar (Provinz Sindh) von drei bewaffneten Männern verschleppt. Ihrem Vater sagte man, seine Tochter sei freiwillig zum Islam konvertiert und habe den ortsansässigen Naseer Lunjo geheiratet. Die Familie ist jedoch überzeugt, dass das Mädchen unter Druck gesetzt wurde.²

Derartige Entführungen fügen sich in ein breiteres Muster sexueller Gewalt gegen Frauen aus religiösen Minderheiten ein: Sie sind vor den Gerichten machtloser als Musliminnen und für Vergewaltiger ein leichtes Opfer, denn die Täter wissen, dass eine strafrechtliche Verfolgung unwahrscheinlich ist. Wenn eine Frau nicht eindeutig beweisen kann, dass der Geschlechtsakt gegen ihren Willen stattgefunden hat, wird sie möglicherweise des Ehebruchs bezichtigt und geht das Risiko ein, verhaftet, ausgepeitscht oder sogar zu Tode gesteinigt zu werden.³ Daher schrecken viele Frauen, die selbst oder deren Angehörige Opfer von sexueller Gewalt geworden sind, vor einer Anzeige zurück.

Ägypten

Entführungen und Zwangsverheiratungen von koptischen Christinnen gibt es seit den 1970er-Jahren, und weiterhin werden jeden Monat neue Fälle bekannt – allein im April 2018 wurden sieben Frauen entführt.⁴ Im September 2017 enthüllte ein Mann, der früher Mitglied eines Kidnapper-Netzwerks war, dass extremistische Organisationen jedem rund 2.500 € zahlen, der ihnen ein Mädchen liefert.⁵

Familien, die sich an die Polizei wenden, um das Verschwinden von Töchtern und Ehefrauen zur Anzeige zu bringen, stoßen häufig auf Widerstand: Die Polizisten verweigern ihre Unterstützung und erzählen den Angehörigen manchmal, dass die Entführte aus eigenem Antrieb fortgegangen und konvertiert sei – wie es auch im Fall von Christine Lamie im April 2018 geschehen ist.



¹ Zahlen der *Foundation of the Victims of Abduction and Forced Disappearance* (FVAFD; Stiftung für die Opfer von Entführungen und erzwungenen Verschwindens).

² "Teenage Hindu girl abducted, forcibly converted in Pakistan: Report", *Indian Express*, 21. Dezember 2017, <http://indianexpress.com/article/pakistan/teenage-hindu-girl-abducted-forcibly-converted-in-pakistan-report-4993480/> (abgerufen am 4. Juni 2018).

³ Siehe "Pakistan village 'court' sentences woman to death for adultery for saying she was raped", *Independent*, 30. Mai 2017, <https://www.independent.co.uk/news/world/asia/pakistan-village-court-sentence-woman-death-adultery-rape-punjab-sexual-assault-rajanpur-a7762801.html> (abgerufen am 4. Juni 2018).

⁴ "Egypt's disappearing Coptic women and girls", *World Watch Monitor*, 1. Mai 2018. <https://www.worldwatchmonitor.org/2018/05/egypts-disappearing-coptic-women-and-girls/> (abgerufen am 4. Juni 2018).

⁵ "Egypt: ex-kidnapper admits 'they get paid for every Coptic Christian girl they bring in'", *World Watch Monitor*, 1. Mai 2018, <https://www.worldwatchmonitor.org/2017/09/egypt-ex-kidnapper-admits-get-paid-every-coptic-christian-girl-bring/> (abgerufen am 4. Juni 2018).

Die Bedrohung durch den militärischen Islam reichte im Beobachtungszeitraum weit über Asien und Afrika hinaus. Der Westen, vor allem Europa, wurde von einer Welle von Terroranschlägen erschüttert. Dabei war die Gefahr tatsächlich noch präsenter als es den Anschein hatte, denn in vielen Fällen konnten die Pläne der Extremisten erfolgreich von der Polizei und den Sicherheitsbehörden durchkreuzt werden.⁵³ Die verübten Anschläge – sei es in Manchester, Berlin, Barcelona, Paris oder anderswo – haben uns vor Augen geführt, dass die extremistische Bedrohung nunmehr universell, unmittelbar und allgegenwärtig ist. Und während die Motive der Attentate oftmals auch eine politische Komponente beinhalteten – offensichtlich Rache für das militärische Eingreifen des Westens in Syrien und anderen Ländern –, war eine eindeutig religiöse Dimension häufig unverkennbar, denn die Attentäter wollten ihre Verachtung für die liberale westliche Gesellschaftsordnung und den Grundsatz religiöser Freiheit im Allgemeinen zum Ausdruck bringen. In einigen Fällen wurde bekannt, dass sie es gezielt auf das Christentum abgesehen hatten. Ermittlungen zu Vorkommnissen, die mit dem Terroranschlag auf den *Ramblas* in Barcelona im August 2017 in Verbindung standen, brachten ans Licht, dass die Islamisten auch ein Attentat auf die weltbekannte Basilika *Sagrada Família* geplant hatten. (Siehe Fallstudie – SPANIEN: Islamist steuert Lieferwagen in Menschenmenge, 15 Tote) Viele Anschläge wurden von Personen verübt, die im Westen ansässig waren, sich online radikalisiert hatten und stark von diversen Netzwerken beeinflusst wurden, die zur Rekrutierung von Mitstreitern ihre Fühler nach Menschen ausstrecken, die am Rande der Gesellschaft leben. In vielen Fällen lebten die Attentäter nicht weit entfernt von dem Ort, an dem sie ihre Gräueltaten begingen. Insgesamt können wir sagen, dass sich im Berichtszeitraum ein neues Phänomen abzeichnet hat, das wir als „Terror in der Nachbarschaft“ bezeichnen können. Manche Anschläge wurden von Kämpfern begangen, die nach der Niederlage des IS im Irak und in Syrien in großen Zahlen in den Westen zurückgekehrt sind. Allein für das Vereinigte Königreich gehen zum Beispiel die globalen Sicherheitsanalysten des *Soufan Center* davon aus, dass bis Oktober 2017 mindestens 425 britische IS-Kämpfer wieder ins Land zurückgekehrt waren.⁵⁴

Die Anschläge im Westen und in anderen Teilen der Welt haben aber noch eine weitere Dimension des Terrors in der Nachbarschaft zutage gefördert, nämlich einen Anstieg religiös motivierter Gewalt und Diskriminierung gegenüber dem Islam. Am 29. Januar 2017 drangen bewaffnete Männer in der kanadischen Stadt Québec in das Islamische Kulturzentrum ein, als dort das Abendgebet stattfand, und eröffneten das Feuer. Sechs Menschen wurden getötet, 18 weitere verletzt.

Premierminister Justin Trudeau sprach von einem „Terroranschlag“.⁵⁵ Kaum sechs Monate später verübte Darren Osborne einen Anschlag vor der Moschee im Londoner Stadtteil Finsbury Park. Zeugenberichten zufolge rief er dabei: „Ich will alle Muslime töten.“⁵⁶ Im März 2018 wurde der 21-jährige Paul Moore im britischen Leicester des versuchten Mordes für schuldig befunden. Er hatte sein Auto auf den Bordstein gelenkt, um dort eine mit einem Kopftuch bekleidete Muslimin zu überfahren; anschließend überrollte er die schwerverletzte Frau ein zweites Mal, um sie zu töten.⁵⁷ Auch der Europäische Islamophobie-Bericht für das Jahr 2017 meldet eine Zunahme von Angriffen auf Muslime und kommt zu dem Schluss: „Islamophobie ist zu einem akuten Problem geworden.“

Ein wesentlicher Aspekt des Problems ist in dem Unbehagen zu sehen, das viele Menschen im Westen, besonders in Europa, angesichts des Zustroms von Muslimen und der vergleichsweise hohen Geburtenrate innerhalb muslimischer Gemeinschaften hegen.⁵⁸ (Siehe Hintergrundinformation – Die Krise innerhalb des Islam) Obgleich viele europäische Länder muslimischen Migranten gegenüber zunächst offen eingestellt waren, hat eine im Februar 2017 veröffentlichte Studie der britischen Denkfabrik *Chatham House* zutage gefördert, dass im Schnitt 55% der Befragten aus zehn europäischen Ländern der Meinung waren, „jede weitere Migration aus überwiegend muslimischen Staaten sollte gestoppt werden“.⁵⁹ In Deutschland stieg die Zahl der Übergriffe auf – größtenteils muslimische – Flüchtlinge Berichten zufolge von 1.031 Fällen im Jahr 2015 auf über 3.500 im Folgejahr an.⁶⁰ Insgesamt betrachtet birgt die Verbreitung des Terrors in der Nachbarschaft also auch die Gefahr, dass Gesellschaften entlang religiöser Linien gespalten werden und damit eine Kultur des Misstrauens und Argwohns entsteht. Abgesehen von den eigentlichen Gewalttaten bereitet auch die Diskriminierung von Muslimen immer mehr Grund zur Sorge: Studien in den USA haben beispielsweise ergeben, dass bis zu drei von vier Muslimen den Eindruck haben, es gebe „sehr viel Diskriminierung“ gegen sie.⁶¹

Ein weiterer besorgniserregender Aspekt des erstarkenden militärischen Islam im Westen betrifft die Verbindung zwischen muslimischer Einwanderung und einem Anstieg des Antisemitismus. In Frankreich, das mit ca. 400.000 Menschen die größte jüdische Gemeinschaft in Europa hat, wurde eine deutliche Zunahme von Anschlägen (siehe Fallstudie – FRANKREICH: Jüdin aus Fenster im dritten Stock gestoßen) und Gewalt gegen jüdische kulturelle und religiöse Einrichtungen dokumentiert. Im April 2018 veröffentlichte die Tageszeitung *Le Figaro* ein Manifest von 300 französischen Persönlichkeiten – darunter viele Juden –, die den „neuen Antisemitismus“ verurteilten, der von einer

⁵³ Anushka Asthana, ‘Nine terrorist attacks prevented in UK last year, says MI5 boss’, *The Guardian*, 5. Dezember 2017, <https://www.theguardian.com/uk-news/2017/dec/05/nine-terrorist-attacks-prevented-in-uk-in-last-year-says-mi5-boss> (abgerufen am 24. Juni 2018). Im Dezember 2017 berichtete Andrew Parker, Leiter des britischen Inlandsgeheimdienstes MI5, der Regierung des Vereinigten Königreichs, dass im Verlauf der letzten zwölf Monate neben den fünf Terroranschlägen, die auf britischem Boden verübt worden waren, weitere neun vereitelt werden konnten.

⁵⁴ Kitty Donaldson, ‘MI5 Chief Warns of Threat to U.K. from Russia, Islamic State’, *Bloomberg*, 14. Mai 2018, <https://www.bloomberg.com/news/articles/2018-05-13/u-k-s-mi5-to-say-european-alliances-never-more-crucial-than-now> (abgerufen am 24. Juni 2018).

⁵⁵ Ashifa Kassam and Jamiles Lartey, ‘Quebec City mosque shooting: six dead as Trudeau condemns ‘terrorist attack’’, *The Guardian*, 30. Januar 2017, <https://www.theguardian.com/world/2017/jan/30/quebec-mosque-shooting-canada-deaths> (abgerufen am 7. Juli 2018).

⁵⁶ Bonnie Malkin et al., ‘Finsbury Park mosque attack: suspect named as Darren Osborne, 47-year-old who lives in Cardiff – as it happened’, *The Guardian*, 20. Juni 2017, <https://www.theguardian.com/uk-news/live/2017/jun/19/north-london-van-incident-finsbury-park-casualties-collides-pedestrians-live-updates> (abgerufen am 24. Juni 2018).

⁵⁷ Hanna Yusuf, ‘Mother who was run over twice by attacker: “I thought I had died”’, *BBC News*, 27. März 2018, <https://www.bbc.co.uk/news/uk-43544115> (abgerufen am 12. Juli 2018).

⁵⁸ Michael Lipka, ‘Muslims and Islam: Key findings in the U.S. and around the world’, *Pew Research Center*, 9. August 2017, <http://www.pewresearch.org/fact-tank/2017/08/09/muslims-and-islam-key-findings-in-the-u-s-and-around-the-world/> (abgerufen am 11. Juli 2018).

⁵⁹ ‘What Do Europeans Think About Muslim Immigration?’, *Chatham House*, 7. Februar 2017, <https://www.chathamhouse.org/expert/comment/what-do-europeans-think-about-muslim-immigration#> (abgerufen am 11. Juli 2018).

⁶⁰ ‘Report reveals increase in anti-Muslim sentiment across Germany’, *Daily Sabah*, 24. Oktober 2017, <https://www.dailysabah.com/islamophobia/2017/10/25/report-reveals-increase-in-anti-muslim-sentiment-across-germany> (abgerufen am 7. Juli 2018).

⁶¹ Katayoun Kishi, ‘Assaults Against Muslims in US Surpass 2001 Level’, *Pew Research Center*, 15. November 2017, <http://www.pewresearch.org/fact-tank/2017/11/15/assaults-against-muslims-in-u-s-surpass-2001-level/> (abgerufen am 21. Februar 2018).

ISLAMIST STEUERT LIEFERWAGEN IN MENSCHENMENGE, 15 TOTE

August 2017: Der militante Islamist Younes Abouyaqoub fährt einen Lieferwagen mit hoher Geschwindigkeit in die Menschenmassen, die auf der Flaniermeile *Las Ramblas* in Barcelona unterwegs sind.

Bei dem Anschlag wurden 15 Menschen getötet und mehr als 120 weitere verletzt. Der Attentäter, ein 22-jähriger Marokkaner, fuhr im Zickzackkurs durch die Fußgängerzone und verfolgte offensichtlich das Ziel, ein möglichst großes Blutbad anzurichten. Der Islamische Staat (IS) reklamierte den Anschlag für sich.

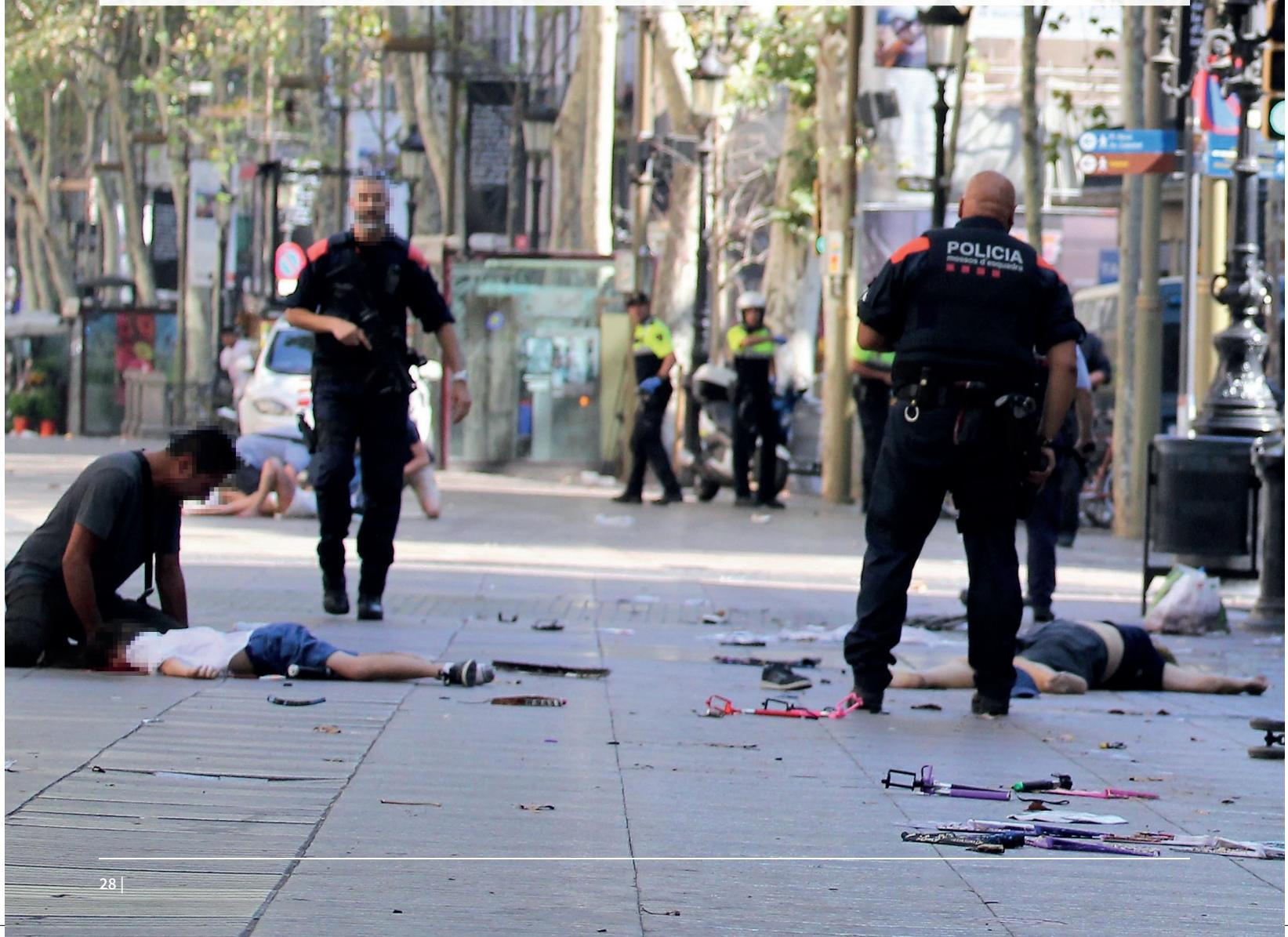
Abouyaqoub konnte zunächst entkommen, doch der Polizei gelang es schließlich, seinen Aufenthaltsort ausfindig zu machen. Drei Tage nach dem Attentat wurde er nahe der etwa 50 km von Barcelona entfernt liegenden Stadt Subirats erschossen. Zu dem Zeitpunkt trug er eine Sprengstoffgürtel-Attrappe und soll „*Allahu akbar*“ (gemeinhin aus dem Arabischen als ‚Gott ist der Größte‘ übersetzt) gerufen haben.

In derselben Woche ereigneten sich weitere gewaltsame Vorfälle in der Region. Einen Tag vor dem Anschlag auf den *Ramblas* wurde ein Haus in Alcanar (Provinz Tarragona) bei einer Explosion zerstört. Nach Polizeiangaben sollte mit dem selbstgebauten Brandsatz eigentlich ein Anschlag auf die weltbekannte Basilika *Sagrada Família* in Barcelona verübt werden. Am Tag nach dem Massaker auf den *Ramblas* raste an der Küste von Cambrils (ebenfalls in Tarragona) ein Fahrzeug in einen Polizeiwagen. Einer der Attentäter erstach eine Frau. Fünf mutmaßliche Terroristen wurden von der Polizei erschossen. Die spanischen Behörden brachten die Ereignisse mit einer zwölfköpfigen Terrorzelle in Verbindung, die von dem militanten Imam Abdelbaki Es Satty angeführt wurde.

In Spaniens Bericht zur nationalen Sicherheitslage aus dem Jahr 2016 hieß es, dass nicht nur in Barcelona, sondern auch andernorts in Katalonien „der Prozess der Radikalisierung schneller voranschreitet und die islamische Gemeinschaft hier als äußerst radikal gilt und weitere Verbindungen zu anderen Extremisten in Europa unterhält“.

Nach den Anschlägen gingen bis zu 1.000 Muslime auf den *Ramblas* unter dem Motto „Muslime gegen Terrorismus“ auf die Straße. Barcelonas Oberrabbiner Meir Bar-Hen bezeichnete Spanien als „Drehscheibe des islamistischen Terrors für ganz Europa“. Juden sollten nach Israel auswandern, denn „Europa ist verloren“, so der Rabbiner.

Quellen: Gencat.cat, 30. August 2017; Guardian, 22. August 2017; Independent, 20. August 2017; Sky News, 18. August 2017; Telegraph, 21. August 2017; La Vanguardia, 21. August 2017; Informe Anual de Seguridad Nacional 2016.



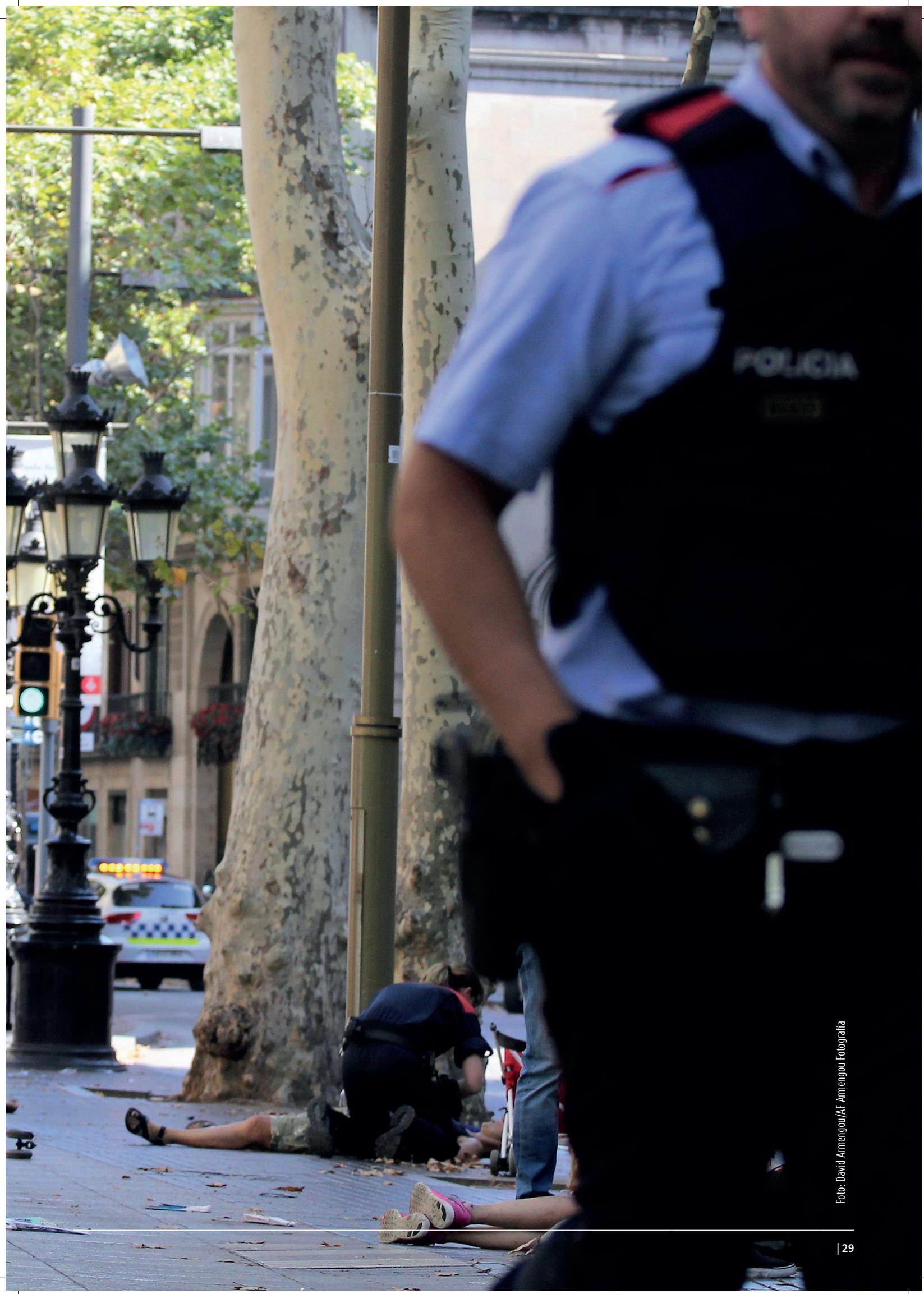


Foto: David Armengou/AF Armengou Fotografía



„islamistischen Radikalisierung“ geprägt sei.⁶² Neben Berichten über eine Auswanderungswelle französischer Juden nach Israel in den letzten Jahren wiesen die Unterzeichner des Manifests auch auf eine „stille ethnische Säuberung“ hin, die besonders in Arbeitervierteln durch zunehmenden islamistischen Fundamentalismus vorangetrieben werde.⁶³

Vor diesem Hintergrund gibt es allerdings auch einige Anzeichen dafür, dass innerhalb relativ neuer Gruppen von Einwanderern aus Entwicklungsländern in den Westen ein kleiner – aber möglicherweise bedeutsamer – Wandel stattfindet, nämlich eine Abwendung von traditionellem Glauben und religiöser Praxis. Hierzu sind eine Reihe unterschiedlicher Religionsgemeinschaften betroffen. Eine im März 2018 veröffentlichte Studie des *Pew Research Center* zeigt auf, dass „23% der Amerikaner, die als Muslime erzogen worden sind, sich nicht länger mit ihrem Glauben identifizieren“. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang jedoch, dass „die meisten von ihnen über ihren Unglauben Schweigen bewahren“, da sie gesellschaftliche Aus-

grenzung, vor allem aber den Ausschluss aus der Familie fürchten.⁶⁴ Darüber hinaus gibt es Hinweise darauf, dass ein solcher Trend zur Abkehr von traditioneller muslimischer Glaubenspraxis nicht nur in Teilen des Westens, sondern auch in einigen islamischen Ländern präsent ist. Der *Council of ex-Muslims of Britain* (Rat ehemaliger Muslime Großbritanniens) gab im März 2018 bekannt, dass das Buch *The God Delusion* (deutscher Titel: *Der Gotteswahn*) von Richard Dawkins seit 2006 3,3 Millionen Mal verkauft wurde, aber „allein die inoffizielle PDF-Version in arabischer Sprache bereits 13 Millionen Mal heruntergeladen“ wurde.⁶⁵ Der Rat betonte, dass Menschen in arabischsprachigen und anderen muslimisch geprägten Ländern Hemmungen hätten, sich öffentlich von ihrem Glauben abzuwenden – oder ihn auch nur in Frage zu stellen. Dies sei auf „den Autoritarismus religiöser Herrschaftssysteme [...] und die unablässige Gewalt“ zurückzuführen, sowie auf die Tatsache, dass auf die Apostasie im Islam strenggenommen die Todesstrafe steht.⁶⁶

⁶² ‘“Contre le nouvel antisémitisme”: des centaines de personnalités signent une tribune’, *Le Figaro*, 22. April 2018, <http://www.lefigaro.fr/actualite-france/2018/04/22/01016-20180422ARTFIG00027-contre-le-nouvel-antisemitisme-des-centaines-de-personnalites-signent-une-tribune.php> (abgerufen am 24. Juni 2018).

⁶³ ‘The New Antisemite’, 22. April 2018, <http://antisemitism-europe.blogspot.com/2018/04/france-300-personalities-denounce-quiet.html> (abgerufen am 24. Juni 2018).

⁶⁴ ‘The number of ex-Muslims in America is rising’, *The Economist*, 17. Mai 2018, <http://media.economist.com/news/united-states/21738904-yet-even-land-free-apostasy-isnt-easy-number-ex-muslims-america> (abgerufen am 24. Juni 2018).

⁶⁵ ‘Demand for atheism rises in countries under Islamic rule’, *ex-Muslim*, 27. März 2018, <https://www.ex-muslim.org.uk/2018/03/demand-for-atheism-rises-in-countries-under-islamic-rule/> (abgerufen am 24. Juni 2018).

⁶⁶ ‘Demand for atheism rises in countries under Islamic rule’, *ex-Muslim*, 27. März 2018, <https://www.ex-muslim.org.uk/2018/03/demand-for-atheism-rises-in-countries-under-islamic-rule/> (abgerufen am 24. Juni 2018).

JÜDIN AUS FENSTER IM DRITTEN STOCK GESTOSSEN

April 2017: Dr. Sarah Halimi, eine 65-jährige Jüdin, wird in ihrer Pariser Wohnung von einem Eindringling geschlagen und aus einem Fenster im dritten Stock gestossen.

Als mutmaßlicher Mörder wurde ein Muslim malischer Herkunft angeklagt, der im gleichen Wohnblock lebte. Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichts war sein Verfahren noch anhängig. Nachbarn – darunter auch Muslime – sagten aus, der Mann habe religiöse Parolen rezitiert, während er die Frau tötete, u. a. Abschnitte aus dem Koran.

Kritik wurde angesichts der Tatsache geäußert, dass die französischen Behörden und Medien die religiöse Dimension außer Acht ließen. Demonstranten – jüdische Gruppen, prominente Intellektuelle sowie einige Politiker – zeigten sich besonders darüber verärgert, dass in der Anklageschrift keinerlei Bezug auf einen antisemitischen Hintergrund genommen wurde. Der mutmaßliche Täter hatte auf vorübergehende Unzurechnungsfähigkeit plädiert, da er unmittelbar vor der Tat viel Cannabis konsumiert hatte. Gerichtspsychiater waren bezüglich seiner Verhandlungsfähigkeit geteilter Meinung. Ende Februar 2018, zehn Monate nach dem Anschlag, wurde Dr. Halimis Tod schließlich vom Gericht offiziell neu klassifiziert: als „Mord mit Antisemitismus als erschwerendem Faktor“.

Welche Ausmaße der Antisemitismus in Frankreich angenommen hat, wird dadurch deutlich, dass nicht einmal einen Monat, nachdem der Richter im Mordfall Sarah Halimi das Vorliegen eines antisemitischen Motivs bestätigt hatte, die 85-jährige Jüdin und Holocaust-Überlebende Mireille Knoll in ihrer Wohnung von zwei Männern niedergestochen wurde, die anschließend ihren Leichnam in Brand steckten.

In Westeuropa ist Frankreich das Land mit der größten jüdischen Gemeinschaft (rund 465.000 Mitglieder) – und viele von ihnen beklagen seit Jahren einen Anstieg antisemitischer Hassverbrechen. Angesichts der Gewalttaten hat die Auswanderung von Juden aus Frankreich in den letzten Jahren stark zugenommen; viele gehen nach Israel.

Dr. Halimis Tod erregte großes Aufsehen in den Medien. In diesem Zusammenhang wurde auch auf Erhebungen hingewiesen, denen zufolge der Antisemitismus – vor allem in radikal-islamischen Kreisen – zunimmt.

Quellen: *Jewish Chronicle*, 24. August 2017, 12. Juli 2018; *Telegraph*, 28. Februar 2018; *Jerusalem Post*, 26. Juni 2018.

Zusammengefasst können wir sagen: Im Beobachtungszeitraum konnte die Religionsfreiheit einige wichtige Fortschritte erzielen, die zum Zeitpunkt des letzten Berichts vor zwei Jahren kaum jemand hätte voraussehen können. Hier sind vor allem positive Entwicklungen infolge der massiven Verluste zu nennen, die der IS und andere Extremisten in Irak und Syrien, im Nordosten Nigerias und anderswo erlitten haben. Dadurch wurde nicht nur den massiven Verletzungen der Religionsfreiheit durch die Islamisten ein Ende bereitet, sondern mancherorts auch die Rückkehr von Minderheitsgemeinschaften eingeläutet, die zuvor grausam aus ihrer Heimat vertrieben worden waren. Doch während der islamistische Extremismus in einigen Regionen zurückgedrängt werden konnte, hat er sich in anderen wiederum ausgebreitet – mit verheerenden Konsequenzen für Teile Afrikas. Beispielhaft sind hier Nigerias „Mittlerer Gürtel“ und Somalia zu nennen, wie auch der „Export“ des Wahhabismus nach Madagaskar. Der militante Islamismus gehörte zu den Faktoren, die dafür verantwortlich sind, dass die Religionsfreiheit zwischen 2016 und 2018 insgesamt vielerorts einen steilen Rückgang verzeichnet hat – nicht zuletzt in Europa, wo der Terror in der Nachbarschaft Einzug gehalten hat. Darüber hinaus waren nationalistische Tendenzen – besonders aufseiten staatlicher Akteure – von zunehmender Aggressivität geprägt und haben erhebliche Beeinträchtigungen für religiöse Minderheiten mit sich gebracht. Dieser Entwicklung, die man als Ultranationalismus bezeichnen kann, muss besondere Aufmerksamkeit gelten, denn sie ist nun in China, Russland und Indien vorherrschend – alles Weltmächte mit wachsendem internationalen Einfluss. Und auch andere Staaten legen in ihrer Feindseligkeit gegenüber Minderheiten zunehmend ultranationalistische Tendenzen an den Tag, vor allem das Regime in Burma, dessen gewaltsames Vorgehen gegen die Rohingya-Muslime Menschenrechtsbeobachter rund um den Globus schockiert hat. Die

internationale Aufmerksamkeit, die diese Situation erfahren hat, bildet jedoch eine Ausnahme von einem weiteren allgemeinen Trend: Ein kultureller „Vorhang“ ist gefallen, hinter dem das Leid religiöser Minderheiten vor den Augen eines religiös unkundigen Westens verborgen bleibt. In Europa und anderen Teilen der westlichen Welt ist nicht viel getan worden, um auf Worte der Betroffenheit Taten folgen zu lassen, etwa in Form einer Agenda zur Verteidigung und Aufrechterhaltung der Religionsfreiheit. Und man kann kaum behaupten, dass die Länder, in denen Glaubengemeinschaften leiden müssen, von Religionsfreiheit nichts wissen. In den einzelnen Länderberichten, die für *Religionsfreiheit weltweit 2018* erstellt wurden, wird wieder und wieder deutlich, dass die ungeheuerlichsten Schikanen gesetzestreuer Glaubengemeinschaften sich in Staaten abspielen, in denen die Grundsätze religiöser Freiheit durchaus wortgewaltig und ehrgeizig formuliert und festgeschrieben sind. Im Westen wird der Wert von Religionsfreiheit zwar nur von wenigen Menschen in Frage gestellt; dennoch scheint es, als haben diesbezügliche Rechte weniger Priorität als andere Themen – wie z. B. ethnischer Zugehörigkeit, Geschlecht und Sexualität, in deren Zusammenhang Religion häufig wohl auch als Hindernis wahrgenommen wird. Und dennoch: In einer Welt, die gemeinhin als globales Dorf bezeichnet wird und in der der interkulturelle Austausch durch immensen medialen und technologischen Wandel massiv zugenommen hat, in einer Welt der Massenmigration und sozialen Mobilität werden die Chancen für Frieden und gemeinschaftlichen Zusammenhalt zwangsläufig gemindert, wenn religiöser „Analphabetismus“ und Apathie weiter voranschreiten. Denn es bleibt eine Tatsache, dass für die meisten Menschen auf der Erde die Religion eine wesentliche – und oft die wichtigste – Kraft ist, die sie im Leben antreibt. Und ein Westen, der davor die Augen verschließt, bringt sich selbst in Gefahr.

HINTERGRUNDINFORMATION

Die Krise innerhalb des Islam

Von Marc Fromager, Direktor ACN Frankreich

Umfragen zufolge haben viele Menschen im Westen eine ambivalente Einstellung zum Islam, in die sich Unwissenheit und Angst mischen.¹ Der Islam erregt regelmäßig Aufsehen in den Medien – und in den meisten Fällen sind es negative Schlagzeilen, darunter zahlreiche Meldungen zu extremistischer Gewalt. Hinzu kommen Bedenken, die bestimmte Gesellschaftskreise angesichts der zunehmenden Sichtbarkeit von Muslimen hegen. Diese beziehen sich sowohl auf die besondere Kleidung von Muslimen als auch auf die zahlenmäßige Verbreitung der Gemeinschaft – die einen markanten Gegensatz zu der alternden Bevölkerung in anderen Teilen der westlichen Gesellschaft bildet.

All dies fördert den Eindruck eines numerischen Erstarkens des Islam im Westen, besonders in Europa. Damit einher gehen Prognosen, wonach Muslime auf dem Weg sind, in bestimmten Städten und Regionen die Bevölkerungsmehrheit zu stellen. In Rotterdam etwa beträgt der Anteil von Muslimen an der Bevölkerung zurzeit 13% – doch von den jungen Menschen in der Stadt haben 70% einen Migrationshintergrund, der bei vielen in muslimischen Ländern (z. B. Türkei und Marokko) liegt.²

Unterdessen wird in demografischen Erhebungen vorausgesagt, dass sich die Zahl der Muslime in ganz Europa innerhalb von zwei Generationen verdoppeln und ihr Anteil an der Bevölkerung über 10% betragen wird.³ Extremistische Gruppen haben darüber hinaus offen verkündet, dass es ihr Ziel sei, „die Armeen des Dschihad anzuführen, die Europa und Amerika erobern werden“ (wie es ein australischer Dschihadist ausdrückte).⁴ Im September 2016 stellte Kardinal Christoph Schönborn, Erzbischof von Wien, im Rahmen einer Homilie in seiner Kathedrale die Frage: „Wird es jetzt einen [weiteren] Versuch einer islamischen Eroberung Europas geben? Viele Muslime denken und wünschen sich das und sagen: Dieses Europa ist am Ende.“⁵

Und dennoch: Trotz all solcher augenscheinlichen Zuversicht bezüglich der Ausbreitung spitzt sich, gewissermaßen im Verborgenen, innerhalb des Islam eine Krise zu. Zunächst einmal gibt es die Spaltung – um nicht zu sagen: einen offenen Krieg – zwischen den beiden Hauptströmungen des

Islam bzw. ihren Anhängern, den Sunniten und den Schiiten. Die heutigen Spannungen lassen sich zu großen Teilen auf die Feindschaft zwischen Saudi-Arabien (Verfechter des wahhabitisch-sunnitischen Islam) und dem Iran (Transformation zu einer offenen schiitischen Macht im Jahr 1979) zurückführen. Durch diesen Antagonismus wurde „eine Jahrhunderte alte Rivalität zwischen den Glaubensrichtungen bezüglich der wahren Auslegung des Islam neu belebt“.⁶ Und selbst innerhalb der beiden Hauptzweige bestehen Konflikte, insbesondere solche, die geografische Einflussbereiche betreffen. So sind zum Beispiel Zusammenstöße zwischen al-Nusra und dem Islamischen Staat (IS) – beides sunnitische Gruppen – in Syrien gut dokumentiert.⁷ Diverse Vorkommnisse im Nahen Osten, in Indonesien, Pakistan und weiteren Regionen Asiens deuten auf eine Radikalisierung in Teilen der muslimischen Welt hin. Dies wäre an und für sich noch nicht problematisch – schließlich haben Muslime das Recht, ihren Glauben so auszuüben, wie sie es für angemessen halten –, wenn diese Radikalisierung denn nicht häufig mit Intoleranz gegenüber anderen Gemeinschaften Hand in Hand ginge. So ist in Gebieten, wo radikale Muslime (zurzeit noch) eine Minderheit bilden, eine Ablehnung von Integration zu beobachten;⁸ in anderen Gebieten, wo sie größeren Einfluss genießen, werden Minderheiten bereits auf eine Weise aktiv diskriminiert, die bedrohliche Züge annimmt.⁹

Gleichwohl sind in den Ursachen solcher Radikalisierung immer auch Anzeichen von Schwäche zu erkennen. Dabei spielen einerseits externe Faktoren eine Rolle – die Abhängigkeit von Finanzmitteln aus den Golfstaaten,¹⁰ mit der eine Wahhabisierung einiger sunnitischer Gemeinschaften einhergeht. Saudi-Arabien, als stärkster Verfechter des Wahhabismus, geriet in die Kritik, als es im Hinblick auf die europäische Flüchtlingskrise das Angebot machte, „200 Moscheen in Deutschland zu errichten [...], eine Moschee für je 100 Flüchtlinge, die nach Deutschland eingereist sind“.¹¹ Andererseits gibt es interne Faktoren, z. B. den kulturellen und philosophischen „Clash“ mit der Moderne und die Auswirkungen der Globalisierung, durch die westliche Werte und Normen Verbreitung finden, besonders auch über die sozialen Medien.

Zu guter Letzt gibt es auch Hinweise darauf, dass einige Muslime dem Islam den Rücken kehren, um sich dem Atheismus¹² oder aber dem Christentum zuzuwenden. Berichten zufolge ist die Tendenz zur heimlichen Konversion steigend,¹³ u. a. in Ländern wie Schweden.¹⁴

¹ Harry Farley, ‘Islam and the West: “Worrying” report reveals Britons’ attitudes to Muslims’, *Christian Today*, 30. August 2017, <https://www.christiantoday.com/article/islam-and-the-west-worrying-report-reveals-britons-attitudes-to-muslims/112717.htm> (abgerufen am 31. Juli 2018).

² ‘Rotterdam, Netherlands – Intercultural City, Council of Europe’, <https://www.coe.int/en/web/interculturalcities/rotterdam>

³ ‘Muslim population in Europe to reach 10% by 2050, new forecast shows shows – Pew Research study...’, *The Guardian*, 2. April 2015, <https://www.theguardian.com/world/2015/apr/02/muslim-population-growth-christians-religion-pew> (abgerufen am 31. Juli 2018).

⁴ „They are all enemies, their hearts are black“: Australian Islamic extremist delivers hate speech calling for ‘armies of jihad’ to conquer Europe and America so ‘the word of Allah will reign supreme’. *Daily Mail*, 14. April 2016, <http://www.dailymail.co.uk/news/article-3538989/Australian-Muslim-extremist-Ismail-al-Wah-wah-leads-Hizb-ut-Tahrir-calls-armies-jihad-conquer-Europe-America.html> (abgerufen am 31. Juli 2018).

⁵ ‘Cardinal Schonborn warns of “Islamic conquest of Europe”’, *Catholic News Agency*, 14. September 2016, <https://www.catholicnewsagency.com/news/cardinal-schonborn-warns-of-islamic-conquest-of-europe-59849> (abgerufen am 31. Juli 2018).

⁶ ‘The Sunni-Shia Divide’, *Council on Foreign Relations*, <https://www.cfr.org/interactives/sunni-shia-divide#/sunni-shia-divide> (abgerufen am 31. Juli 2018).

⁷ ‘Daesh suicide bomber blows himself up in al-Nusra Front Command Center in Syria’, *Sputnik International*, 5. März 2017, <https://sputniknews.com/middle-east/201703051051283235-daesh-nusra-fight-syria/> (abgerufen am 31. Juli 2018).

⁸ „Laut Dr. Ahmed Ibrahim Khadr gilt die oberste Loyalität der Radikalen dem Islam, wohingegen die Gemäßigten – unabhängig von ihrer Religionszugehörigkeit – der Ansicht sind, dass die oberste Loyalität dem Staat gilt. Radikale lehnen das Konzept religiöser Gleichheit ab, da Allahs wahre Religion der Islam ist; Gemäßigte hingegen akzeptieren es.“ Raymond Ibrahim, “Radical” vs. “Moderate” Islam: A Muslim view’, *Gladstone Institute*, 25. Mai 2016, <https://www.gatestoneinstitute.org/8101/radical-moderate-islam>

⁹ „Ein neues und sehr betrübliches Phänomen ist die Verfolgung von Christen und anderen religiösen Minderheiten in mehrheitlich muslimischen Ländern, die seit dem Erstarken von Extremistengruppen deutlich zugenummen hat.“ Shaykh Umar Al-Qadri, ‘Tackling Islamist extremism’, *Dialogue Islam*, 2. April 2016, <https://dialogueireland.wordpress.com/2016/04/02/tackling-islamist-extremism-by-shaykh-umar-al-qadri-in-the-irish-catholic/> (abgerufen am 31. Juli 2018)

¹⁰ Taj Hargey, ‘First Person – Dr Taj Hargey: We must seize agenda back’, *The Oxford Times*, 30. Mai 2013, http://www.oxfordtimes.co.uk/news/opinions/first_person/10453482.First_person__Dr_Taj_Hargey__We_must_seize_agenda_back/

¹¹ Adam Withnall, ‘Saudi Arabia offers Germany 200 mosques – one for every 100 refugees who arrived last weekend’, *The Independent*, 11. September 2015, <https://www.independent.co.uk/news/world/europe/saudi-arabia-offers-germany-200-mosques-one-for-every-100-refugees-who-arrived-last-week-end-10495082.html> (abgerufen am 31. Juli 2018).

¹² ‘Losing their religion: the hidden crisis of faith among Britain’s young Muslims’, *The Guardian* 15. Mai 2015, <https://www.theguardian.com/global/2015/may/17/losing-their-religion-british-ex-muslims-non-believers-hidden-crisis-faith> (abgerufen am 31. Juli 2018).

¹³ ‘Muslims turning to Christ – a global phenomenon’, *Premier Christianity*, Juni 2016, <https://www.premierchristianity.com/Past-Issues/2016/June-2016/Muslims-turning-to-Christ-a-global-phenomenon> (abgerufen am 31. Juli 2018).

¹⁴ Hollie McKay, ‘Christian convert from Iran converting Muslims in Sweden’, *Fox News*, 17. Januar 2018, <http://www.foxnews.com/world/2018/01/17/christian-convert-from-iran-converting-muslims-in-sweden.html> (abgerufen am 31. Juli 2018)

Foto: Marco Ugarte/AP/Shutterstock



GEISTLICHE IM VISIER KRIMINELLER ORGANISATIONEN

September 2016: Familienangehörige und Gemeindemitglieder versammeln sich in der Kirche Unserer Lieben Frau von Asunción in Paso Blanco (Bundesstaat Veracruz), um der Totenmesse zu Ehren des ermordeten Pater José Alfredo Suárez de la Cruz beizuwohnen.

Er war einer von zwei Priestern, deren Leichname die Behörden gefesselt und von Kugeln durchsiebt am Rand einer Straße aufgefunden hatten.

Innerhalb der letzten fünf Jahre sind Tausende unschuldiger Mexikaner getötet worden, darunter mindestens 23 Priester. Die Hauptursachen des Problems liegen im organisierten Verbrechen; dazu gehören Drogenkartelle und Banden, die mit gestohlenem Treibstoff handeln. Katholische Priester geraten immer wieder ins Visier der Kriminellen, da die Kirche offen Kritik übt an ihren Machenschaften und den korrupten Staatsdienstern, die sie unterstützen. Pater Sergio Omar vom *Centro católico multimedial* (CCM; Katholisches Multimediazentrum) in Mexiko sagte: „Die Tötung eines Priester [...] symbolisiert eine Macht demonstrierung durch die kriminellen Organisationen.“

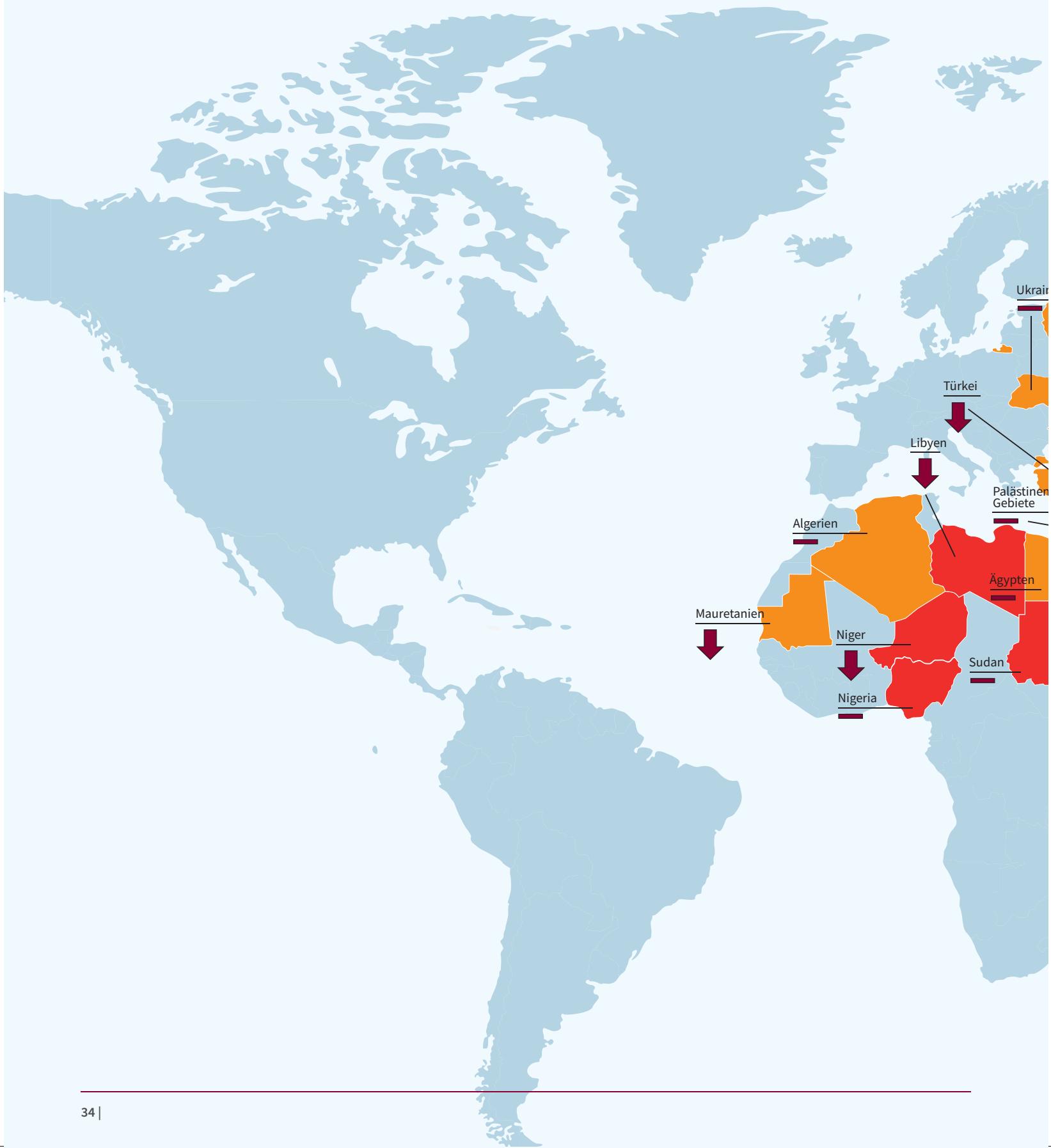
Mexikanische Medienorganisationen, darunter das CCM, berichten, dass die Drogenkartelle mit einigen Politikern und Richtern sowie Angehörigen der Polizei und der Sicherheitskräfte Bündnisse eingegangen sind, was „einen gesellschaftlichen Verfall von oben nach unten verursacht“.

Für Priester ist Mexiko das gefährlichste Land in Lateinamerika – sie sind dem Risiko von Entführungen, Schießereien, Prügeleien sowie Messer- und Sprengstoffanschlägen auf Kirchen (darunter die Kathedrale in Mexiko-Stadt) ausgesetzt. Laut CCM gab es allein im Jahr 2017 884 Fälle, in denen Geistliche bedroht oder erpresst wurden. Zudem seien innerhalb der letzten 30 Jahre 51 Priester ermordet worden; dabei sei in acht von zehn Fällen auch Folter zum Einsatz gekommen.

Quellen: *Aid to the Church in Need* (UK) news, 25. April 2018; *Catholic Herald*, 20. April 2018; *Catholic News Agency*, 11. August 2017; *USA Today*, 24. April 2018; Interview mit dem *Centro Católico Multimedial*, Mexiko.

LÄNDER MIT SCHWERWIEGENDEN VERLETZUNGEN DER RELIGIONSFREIHEIT

Die Karte zeigt diejenigen Länder, in denen gemäß der Analyse des Berichts Religionsfreiheit weltweit ein erhebliches Maß an Diskriminierung oder Verfolgung festgestellt wurde. Weitere Einzelheiten sind der Tabelle auf den folgenden Seiten zu entnehmen.



Art der Verfolgung/Diskriminierung

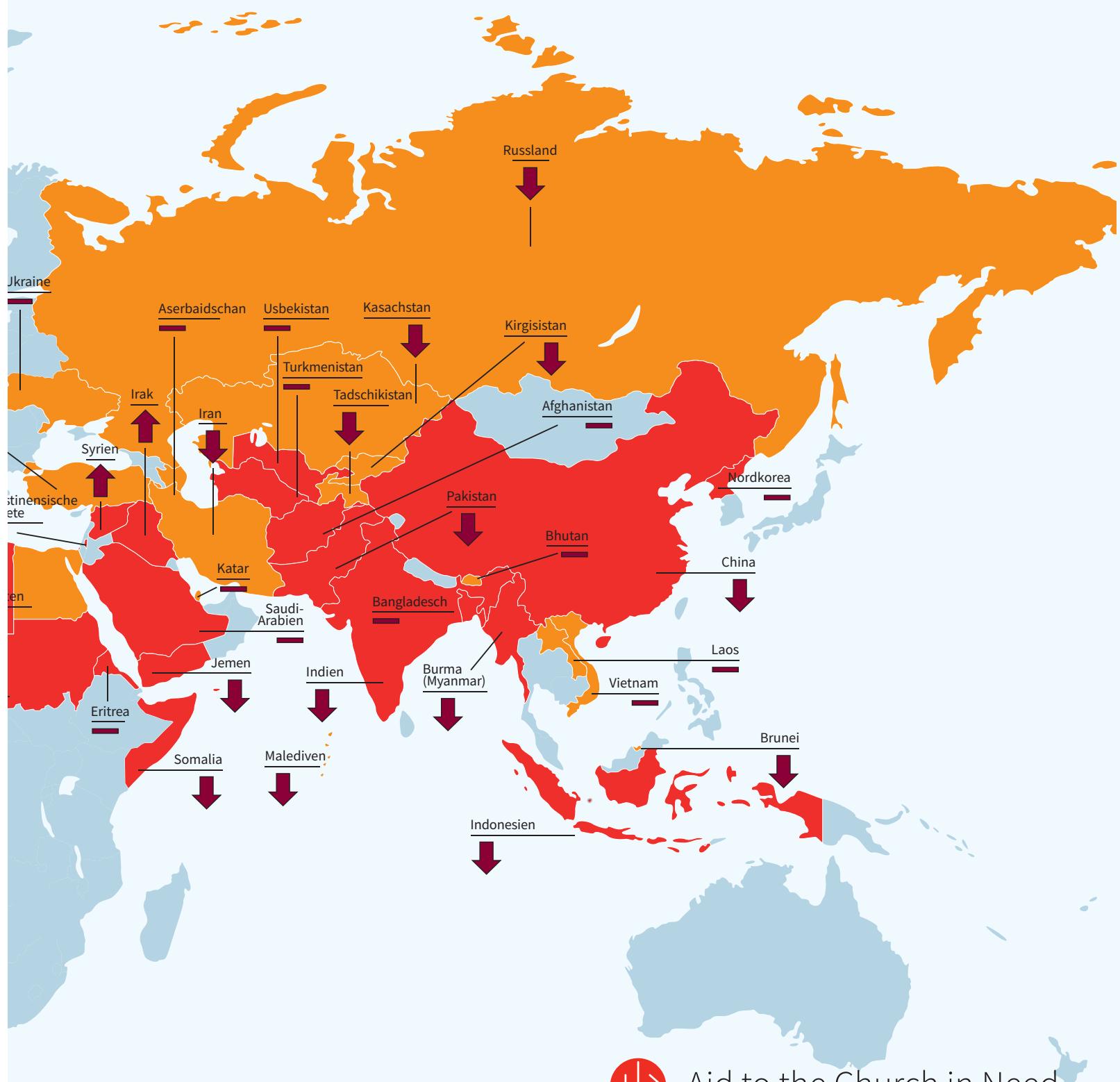
■ = Verfolgung

■ = Diskriminierung

↑ = Situation verbessert

— = Situation unverändert

↓ = Situation verschlechtert

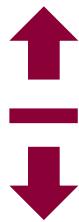


Aid to the Church in Need
www.religion-freedom-report.org

LÄNDER MIT SCHWERWIEGENDEN VERLETZUNGEN DER RELIGIONSFREIHEIT

Land	Kategorie	Im Vergleich zu Juni 2016	Hauptverantwortlicher Akteur	Schlüsselindikatoren
Afghanistan	●	—	Nichtstaatlich	Auf Blasphemie steht die Todesstrafe. Konversion vom Islam ist illegal. Keine öffentlichen Kirchen. Christen, Bahai und andere Gemeinschaften praktizieren heimlich. Extremistische Anschläge auf schiitische Moscheen und Wohnviertel. Zwischen Jan. 2016 und Nov. 2017 51 Anschläge auf Religionsgemeinschaften (Quelle: UN) – 870 zivile Opfer.
Algerien	●	—	Staatlich	Geldstrafen und bis zu fünf Jahre Gefängnis für Nicht-Muslime, die beim Missionieren aufgegriffen werden. 2017: Konvertit vom Islam zum Christentum wegen Beleidigung des Islam angeklagt und inhaftiert. Massives Vorgehen der Behörden gegen Ahmadi-Muslime.
Aserbaidschan	●	—	Staatlich	Gesetzesänderung im Mai 2017: Staatsbürger und Ausländer mit entsprechender Genehmigung dürfen islamische Zeremonien leiten. Staat erhöht Einschränkungen für nichtautorisierte Glaubensgemeinschaften. 2016: Durchsuchungen in 26 Buchläden und Privatwohnungen, Beschlagnahme von nichtautorisierter religiöser Literatur. Bußgelder für nicht genehmigte religiöse Zusammenkünfte.
Bangladesch	●	—	Nichtstaatlich	Islamistische Gewalt gegen bekannte Persönlichkeiten – 22 Tote bei islamistischem Anschlag auf Café im Juli 2016. Im Beobachtungszeitraum: 40 Menschen ermordet; darunter 18 Intellektuelle, Akademiker, Verleger aus dem Ausland, die als „Atheisten“ bezeichnet wurden.
Bhutan	●	—	Staatlich	Jegliche „fremde“ (d. h. nichtbuddhistische) Missionierung verboten. Nichtbuddhistische Mitarbeiter von Religionsgemeinschaften erhalten keine Einreisegenehmigung. Ausübung nichtbuddhistischer Religionen nur im privaten Bereich möglich. Christen als Bedrohung für Bhutans „nationale Identität“ betrachtet.

 = Verfolgung
 = Diskriminierung
 = Nicht klassifiziert



= Situation verbessert
 = Situation unverändert
 = Situation verschlechtert

In der Tabelle sind diejenigen Länder aufgeführt, in denen gemäß der Analyse des Berichts *Religionsfreiheit weltweit* ein erhebliches Maß an Diskriminierung oder Verfolgung festgestellt wurde. Weitere Einzelheiten finden Sie unter: www.religion-freedom-report.org

Land	Kategorie	Im Vergleich zu Juni 2016	Hauptverantwortlicher Akteur	Schlüsselindikatoren
Brunei			Staatlich	Schritte in Richtung der Genehmigung eines äußerst restriktiven neuen Scharia-Strafgesetzbuchs. Verbreitung anderer Religionen als dem Islam mit Freiheitsstrafe bedroht. Weihnachtsfeierlichkeiten seit 2015 untersagt. Ahmadi-Islam, Bahaitum und Zeugen Jehovas von Regierung ausdrücklich verboten.
Burma (Myanmar)			Staatlich	688.000 Rohingya vor Gewalt des Militärs nach Bangladesch geflohen. Von August bis November 2017: 354 Rohingya-Dörfer von der Armee niedergebrannt. Staatliches Verbot für buddhistische Mönche ohne Genehmigung. Mindestens 21 Dörfer gelten als „muslimfreie Zonen“. 66 Kirchen zerstört seit 2011.
China			Staatlich	Landesweit zunehmende Unterdrückung religiöser Aktivität. „Verordnungen zu religiösen Angelgenheiten“, eingeführt im April 2018, schränken religiöse Online-Aktivität erheblich ein. Laut Berichten aus Januar 2018 werden mehr als 100.000 Uiguren in sogenannten Umerziehungslagern festgehalten.
Ägypten			Staatlich / Nichtstaatlich	Situation seit Aufruf des Präsidenten zu antietremistischer Reform des Islam stabilisiert. Staat erkennt Konversion vom Islam nicht an, Eintrag zur Religionszugehörigkeit im Ausweis kann nicht geändert werden. Gesetze und Richtlinien diskriminieren Nicht-Muslime. Tief verwurzelte gesellschaftliche Intoleranz gegenüber Christen.
Eritrea			Staatlich	Mangel verlässlicher Informationen aus dem Land. Staat übt weiterhin strikte Kontrolle über religiöse Einrichtungen aus. Schikane nichtregistrierter Gemeinschaften dauert an, darunter Razzien und Inhaftierung von Verdächtigen. 2017: Staat übernimmt in zahlreichen muslimischen und christlich-orthodoxen Schulen die Kontrolle.

Land	Kategorie	Im Ver-gleich zu Juni 2016	Hauptverant-wortlicher Akteur	Schlüsselindikatoren
Indien			Staatlich / Nichtstaatlich	Zwischen 2016 und 2017: Zahl der Übergriffe auf Christen nahezu verdoppelt (auf 736 Vorkommnisse). Religionsfreiheit in Indien nach Angaben von Beobachtern im „Abwärtstrend“. Offizielle Zahlen aus Feb. 2018 belegen Anstieg religiös motivierter Gewalt. Anti-Konversionsgesetze in sechs von 29 Bundesstaaten.
Indonesien			Staatlich / Nichtstaatlich	Anschläge auf drei Kirchen in Surabaya am 13. Mai 2018, 13 Todesopfer. Verfolgung von Schiiten und Ahmadiyya-Muslimen. 2017: Buddhistischer Tempel angezündet, nachdem ein Buddhist darum gebeten hatte, die Lautsprecher einer Moschee leiser zu stellen. Pastoren nach Todesdrohungen aus Aceh Singkil geflohen.
Iran			Staatlich	Nicht-Muslime haben keinen Zugang zu Justiz und Polizei. Nichtmuslimische Frauen müssen islamische Kleidervorschriften befolgen. Zahl der Verurteilungen von Teilnehmern an Gottesdiensten in Privatwohnungen gestiegen. Verstärkter Druck auf Bahai – vermehrt Schließungen ihrer Geschäfte. Dutzende Sufis festgenommen. Staat propagiert Antisemitismus.
Irak			Nichtstaatlich	Christen und andere kehren nach Zurückdrängung des IS in die Heimat zurück. Staat respektiert Glaubensfreiheit, Minderheiten sind jedoch unzureichend geschützt. Gesetz der Regierung Kurdistans von 2016 schreibt Religionsfreiheit fest, Verfassungsentwurf erkennt Rechte von Nicht-Muslizen an.
Kasachstan			Staatlich	Erhöhte Einschränkungen der Religionsfreiheit durch neue Gesetze; betroffen sind u. a. Religionserziehung, Proselytismus und Beschlagnahme von nicht genehmigtem religiösen Materialien; Kinder dürfen ohne Begleitung von mindestens einem Elternteil nicht an Gottesdiensten teilnehmen. 2017: mehr als 280 Verfahren gegen Menschen, die wegen nicht genehmigter religiöser Aktivitäten angeklagt wurden.

Land	Kategorie	Im Ver-gleich zu Juni 2016	Hauptverant-wortlicher Akteur	Schlüsselindikatoren
Kirgisistan	●	↓	Staatlich	<p>Änderung der Kategorie. Im Bericht 2016 war Kirgisistan der Kategorie „nicht klassifiziert“ zugeordnet.</p> <p>Zunehmend autoritäres politisches Klima macht es Religionsgemeinschaften schwer. Gesetzesvorhaben zielen auf resolutes Vorgehen bei der Registrierung neuer Glaubensgemeinschaften sowie Verschärfung der Zensur für religiöse Literatur ab.</p>
Laos	●	↑	Staatlich	<p>Staatliche Einmischung in religiöse Aktivitäten sorgt besonders unter nichtregistrierten Glaubensgemeinschaften (vor allem Protestanten) für Schwierigkeiten. Religionswechsel vor allem in animistisch dominierten Regionen problematisch. Tätliche und rechtliche Angriffe auf führende Vertreter nichttraditioneller Religionsgemeinschaften.</p>
Libyen	●	↓	Staatlich	<p>Religionsfreiheit zwar in der Verfassung garantiert, Ausübung in der Praxis jedoch zunehmend eingeschränkt. De facto Proselytismusverbot. IS hat Einflussgebiet ausgeweitet. Regelmäßig Anschläge auf Christen, darunter Vergewaltigungen und Zwangsarbeit. Gestiegene Zahl der Morde an Angehörigen religiöser Minderheiten.</p>
Malediven	●	↓	Staatlich / Nichtstaatlich	<p>Staatsbürgerschaft nur für Muslime. Bildungseinrichtungen müssen „Gehorsam gegenüber dem Islam einschärfen“. Nichtmuslimische Missionierungstätigkeit verboten. Konversion zu anderer Religion als Islam unmöglich. Keine christlichen Gotteshäuser, Einführerverbot für Bibeln. Anschläge auf Menschen, die bezichtigt werden, „Atheismus“ zu fördern.</p>
Mauretanien	●	↓	Staatlich / Nichtstaatlich	<p>Staatsbürgerschaft nur für Muslime. Abkehr vom Islam mit Todesstrafe bedroht. Staat hat Todesstrafe für Blasphemie und Apostasie vorgeschrieben. Ausbreitung des Wahhabismus und schwache Zentralregierung; Menschen haben keine andere Perspektive als sich wahhabitischen Gruppen anzuschließen.</p>

www.religion-freedom-report.org



Kirche in Not ist ein katholisches Hilfswerk, das die Kirche dabei unterstützt, auch weiterhin Menschen überall dort zur Seite zu stehen, wo sie verfolgt, unterdrückt oder in Not sind – mit Informationen, Gebeten und Taten. Kirche in Not wurde am Weihnachtstag des Jahres 1947 gegründet und 2011 zur päpstlichen Stiftung erhoben. Das Hilfswerk fördert jedes Jahr mehr als 5.000 Projekte in rund 140 Ländern, für die Bischöfe und Ordensobere Unterstützung beantragen, u. a.: Ausbildung von Seminaristen; Druck von Bibeln und religiöser Literatur – darunter auch die Kinderbibel von Kirche in Not, von der über 51 Mio. Exemplare in mehr als 180 Sprachen gedruckt worden sind; Unterstützung für Priester und Ordensleute in schwierigen Umständen; Bau und Renovierung von Kirchen und anderen Gebäuden; Ausstrahlung religiöser Rundfunkprogramme; Hilfe für Flüchtlinge.



+49 6174 2910 | www.acninternational.org | info@acn-intl.org